

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

72. Sitzung
15. Juni 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.43 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3243
**Gesetz zur Neuregelung des Gaststättenrechts im
Land Berlin**

[0314](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 01.06.2026

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann kommen wir zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0311](#)
WiEnBe
Fahrplan der Dekarbonisierung der Berliner Fernwärme: Zeitabläufe und Umsetzungsstand
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0301](#)
WiEnBe
Zukunft der Berliner Fernwärme – soziale und ökologische Auswirkungen des neuen Dekarbonisierungsfahrplans der BEW
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Hinweis: Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich Frau Gerts von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, kommissarische Leiterin des Referats III D, Energiepolitik und Landesunternehmen Energie, begrüßen, die uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen wird. – Dann begrüße ich erst mal die Anzuhörenden, die inzwischen auf die Plätze weiter vorne aufgerückt sind, nämlich zum einen Herrn Christian Feuerherd, Vorsitzender der Geschäftsführung CEO BEW Berliner Energie und Wärme GmbH – herzlich willkommen! –, und zum anderen Frau Judith Grünert, Senior Expert Energie & Klimaschutz Deutsche Umwelthilfe e. V. – auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Dann gehen wir in die Debatte. Es hat im Vorfeld den Wunsch der Linken gegeben, dass das hier in einem bestimmten zeitlichen Ablauf gemacht wird. Dem haben wir zugestimmt, ich will das nur gleich sagen, sodass Herr Feuerherd anschließend als der Hauptverantwortliche dann einen längeren Beitrag machen kann. Beantragt waren eigentlich zehn Minuten. Er hat dann darum gebeten, ob er noch zwei Minuten mehr bekommen kann. Da aber die Bereitschaft auch aus der Opposition da war, das zu machen, habe ich jetzt nicht eine erneute Debatte über diese zwei Minuten gemacht. Ich hoffe, es war in Ihrem Sinne, dass wir das machen können. – Ich sehe Nicken. Das ist der Fall.

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen. Fangen wir mit den Fraktionen der CDU und der SPD an. – Erst mal noch die Frage nach einem Wortprotokoll. Ist das gewünscht, wie immer? – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist gewünscht, dann machen wir das. – Dann darf ich die Begründung des Besprechungsbedarfs für die SPD-Fraktion übernehmen.

Jörg Stroedter (SPD): Es ist so, dass wir eine Menge auf den Weg gebracht haben, angefangen mit der Enquete-Kommission, weitergehend mit der Rekommunalisierung vieler Unternehmen, die jetzt wieder im Land Berlin sind. Dazu zählt natürlich auch das Thema Fernwärme, wo ich immer noch sehr zufrieden bin, dass uns das gelungen ist. Wir haben den Klimapakt gemacht, auch das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es gibt eine ganze Menge Geld,

und wir werden auch noch mal verschiedene Anhörungen zu dem Thema Resilienz machen, das ist auch noch mal ein Thema im Beteiligungsausschuss. Heute geht es aber darum, wie es aussieht. Es ist schön, dass die Unternehmen bei uns sind, schön, dass wir Geld zur Verfügung gestellt haben, aber wir wollen natürlich auch dem Klimaziel 2045 spätestens entgegenkommen. Dazu brauchen wir die Dekarbonisierung. Dazu ist die Fernwärme der entscheidende Treiber, und das wollen wir heute hören. Ich hoffe, dass wir Positives hören, dass das erzielbar und erreichbar ist. Die meisten Fraktionen in diesem Parlament wollen das so, deshalb können wir das heute in Ruhe diskutieren. – Das soll es für die Begründung der SPD-Fraktion sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann kommt die Begründung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder der Fraktion Die Linke. Wer macht das? – Herr Kollege Dr. Taschner, bitte sehr!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir unsere selbstgesteckten Klimaziele erreichen wollen, müssen wir sowohl bei der Umsetzung der Mobilitätswende erfolgreich sein als auch die Wärmewende konsequent vorantreiben, denn sie ist ein entscheidender Schlüssel für wirksamen Klimaschutz in Berlin. Innerhalb dieser Wärmewende kommt der Dekarbonisierung des größten Fernwärmenetzes westlich von Warschau eine ganz besondere Bedeutung zu. Mit der Rekommunalisierung der Fernwärme und der Gründung der Berliner Energie und Wärme haben wir als Land Berlin die Möglichkeiten geschaffen, diesen Prozess aktiv zu gestalten. Das ist ein großer Erfolg, denn damit liegt die Verantwortung für diesen Teil der Wärmewende nicht mehr allein bei einem privaten Konzern, sondern wieder in öffentlicher Hand. Folgerichtig wurde der noch von Vattenfall vorgelegte Dekarbonisierungsfahrplan überarbeitet. Das war notwendig. Der alte Fahrplan hatte Schwächen und beruhte teilweise auf Annahmen, die von der Realität längst eingeholt wurden, etwa bei der Verfügbarkeit großer Mengen grünen Wasserstoffs.

Seit wenigen Wochen liegt nun der neue Fahrplan der BEW vor. Besonders positiv ist dabei, dass seine Erarbeitung in einem breiten Beteiligungsprozess mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgt ist. Für diesen transparenten Ansatz möchte ich der BEW heute erneut ausdrücklich danken. Der neue Fahrplan enthält wichtige Verbesserungen und zeigt Wege auf, wie die Berliner Fernwärme Schritt für Schritt klimafreundlicher werden kann. Gleichzeitig bleiben aber Fragen offen, die wir heute, aber auch in den nächsten Jahren, diskutieren müssen. Dazu gehören etwa die Rolle der Holzverbrennung im zukünftigen Energiemix oder die weitere Entwicklung am Standort Klingenberg sowie die Entwicklung der Fernwärmepreise. Ich freue mich deshalb auf die Ausführungen von Herrn Feuerherd heute sowie auf die Beiträge von Frau Grünert, die nicht am Beteiligungsprozess innerhalb der BEW beteiligt war und deswegen vielleicht auch noch mal eine wichtige Außenperspektive in diese Debatte einbringen kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Das waren die Begründungen. Wir könnten dann in die Anhörungsrunde einsteigen. Wie gesagt, Herr Feuerherd, Sie können beginnen, mit maximal zwölf Minuten. – Bitte sehr!

Christian Feuerherd (BEW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst ganz herzlichen Dank für die extra Redezeit! Ich sage zu, damit ganz vertrauensvoll

umzugehen, denn Vertrauen ist der Anfang von allem, gerade wenn es um die Zukunft der Wärmeversorgung hier in Berlin geht.

Wir sprechen heute über eines der größten Transformationsvorhaben dieser Stadt, die vollständige Dekarbonisierung eines der größten Fernwärmesysteme Europas. Die zentrale Frage ist: Können wir diesen Weg so gestalten, dass er gleichzeitig sicher, bezahlbar und klimaneutral ist und dass er das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner verdient? Der Dekarbonisierungsfahrplan der BEW ist unsere Antwort auf genau diese Frage.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich denke, dieses Vertrauen haben wir uns in den letzten Jahren erarbeitet: Versorgungssicherheit für Berlin auch im anspruchsvollsten Winter seit Jahren, mit großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit stabilen Heizkosten für die Berlinerinnen und Berliner, einem robusten wirtschaftlichen Ergebnis und mittlerweile mehr als 30 Projekten zum Umbau des Berliner Energiesystems. Auf genau dieser Grundlage haben wir uns ans Werk gemacht und den Dekarbonisierungsfahrplan der BEW seiner ersten großen Revision unterzogen, nicht allein, sondern, wie schon angesprochen, mit 18 Stakeholdern der Berliner Stadtgesellschaft im Dialog, von Umwelt- und Verbraucherverbänden der Wohnungswirtschaft bis zu Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und auch Verwaltung. Dafür möchte auch ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken, denn dieses breite Spektrum ist letztlich in die Weiterentwicklung unseres Fahrplans eingeflossen, auf dem Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2045.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Allen Perspektiven und allen Wünschen, auch unseren eigenen, war dabei eines gemeinsam, sie mussten durch diesen Trichter: Ist eine Technologie gesetzlich erlaubt? Ist sie technisch überhaupt ausgereift? Ist sie hier in Berlin verfügbar? Welche Wärmegestehungskosten hat sie am Ende, und ist sie damit für Berlin dauerhaft bezahlbar? – Dieser Prozess durch diesen Trichter war nicht nur augenöffnend, sondern er hat so manche Wunschliste dann auch deutlich verkürzt. Neben dem Durchlaufen dieses Trichters hier sind es fünf Bedingungen, fünf Bausteine, die ganz entscheidend für die Entwicklung des Berliner Wärmesystems der Zukunft sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Wichtigste steht oben und kommt ganz zuerst: Der Ausbau des Berliner Stromnetzes hat einen erheblichen Einfluss auf unsere Möglichkeiten, die Wärme zu elektrifizieren. Unter den heutigen Bedingungen stoßen diese Möglichkeiten jedoch schnell an ihre Grenzen. Mit einem strategischen und zielgerichteten Ausbau des Berliner Stromnetzes entstehen für uns jedoch neue Optionen auf der Zeitachse. Bislang gar nicht betrachtet und dabei so wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Ob die Nutzung von Abwärmepotenzialen, tiefer Geothermie oder neuer Erzeugungsanlagen – das Potenzial des Berliner Speckgürtels für die Berliner Wärmewende ist wirklich groß.

Noch vor wenigen Monaten haben wir unser Portfolio hier in Berlin mit luftgekühlten Rechenzentren und Abwärmemperaturen von rund 25 Grad geplant. Schon heute, wenige Wo-

chen und Monate später, siedeln sich jedoch neue Typen von Rechenzentren in Berlin an, die Abwärme auf dem Niveau von 60 bis 80 Grad Celsius zur Verfügung stellen. Dieses kleine Beispiel soll stellvertretend für eine ganz zentrale Erfahrung stehen: Wir unterschätzen den technologischen Fortschritt systematisch. Der technologische Fortschritt auch in unserer Industrie in den kommenden 20 Jahren wird uns sicher alle überraschen, wir sind jedenfalls davon überzeugt. Genau wie sich neue Technologien auf der Zeitachse entwickeln werden, entwickelt sich auch unser Verständnis des Berliner Untergrunds. Welchen Beitrag die tiefe Geothermie für die Berliner Wärmeversorgung am Ende wirklich leistet, werden wir erst in einigen Jahren sicher sagen können. Diese wachsende Erkenntnis überlassen wir keineswegs dem Zufall. Gemeinsam mit dem Land Berlin arbeiten wir an einem 3D-Modell des Berliner Untergrunds zur Erhebung des geothermischen Potenzials.

Last, but not least wird sich auch der regulatorische Rahmen weiterentwickeln müssen. Netzdienliche Technologien wie Power-to-Heat und Speicher regulatorisch zu bestrafen, wie das heute der Fall ist, ist dabei nur ein Beispiel für die Dinge, die sich in Zukunft wirklich ändern müssen.

Und eines ist auch klar: 2045 ist nicht morgen. Unser bisheriger Plan kannte immer genau einen Weg und hat damit auch seine sehr klare Vorstellung von genau einer Zukunft Berlins vermittelt. Dabei haben wir, ganz selbstkritisch, vielleicht auch etwas zu wenig betrachtet, wie dynamisch sich die Welt wirklich entwickelt und welche Faktoren entscheidend dafür sind, welche Wege wir letztlich werden gehen können. Berlins neuer Dekarbonisierungsfahrplan fächert sich daher ab dem Jahr 2035 in drei Pfade auf, um genau diesen fünf Punkten hier Rechnung zu tragen, sie reifen zu lassen, und er konzentriert sich auf dem Weg dahin darauf, strategisch sinnvolle und nachhaltige Entscheidungen zu treffen, Entscheidungen, die wir nicht bereuen werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Genau in diesem Sinne und in diesem Geiste haben wir uns entschieden, zunächst keine große Biomasse in Berlin Klingenberg zu bauen, weil wir überzeugt davon sind, dass es aktuell bessere Optionen für Berlin gibt. Stattdessen siedeln wir dort ein Rechenzentrum, eine Power-to-Heat-Anlage, eine Ersatzbrennstoffanlage und den Rest der erforderlichen Wärmeleistung am Standort mit wasserstofffähigen Heißwassererzeugern an.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Alle Investitionen, die wir im Moment tätigen, erlauben es uns, im Jahr 2030 40 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen, genau so, wie vom Berliner Energiewende- und Klimaschutzgesetz gefordert. Wichtiger aber noch – rechts oben –: Wir steigen aus der Kohle aus, der Fahrplan steht, die Projekte in Charlottenburg und Reuter West von KWK-Anlagen über Wärmepumpen und auch einer Biomasseanlage laufen. Oft übersehen wird dabei, dass wir gleichzeitig auch den Einsatz von fossilem Erdgas um 20 Prozent reduzieren und den CO₂-Fußabdruck aus der Fernwärme gegenüber 1990 bereits um 80 Prozent absenken werden. Durch die deutliche Reduzierung von Biomasse im Portfolio setzen wir zur Erreichung des 40-Prozent-Ziels jedoch deutlich mehr Power-to-Heat-Anlagen ein als noch im alten Plan. Das ist eine Strategie, von der wir grundsätzlich überzeugt sind,

aber es ist eben auch eine Strategie, die am Ende für die Berlinerinnen und Berliner, um bezahlbar zu bleiben, noch etwas regulatorischen Rückenwind benötigt.

Denn die Frage der Bezahlbarkeit ist für eine Stadt wie Berlin natürlich absolut essenziell. Bis 2030 erwarten wir eine stabile Preisentwicklung im Rahmen der allgemeinen Inflationsrate, und unser Anspruch ist es, auch in den Jahren danach Preissteigerungen grundsätzlich im Einklang mit der Inflation zu halten. Entscheidend ist aber nicht nur der Preis der Wärme, sondern es sind vor allen Dingen die Gesamtkosten der Wärmeversorgung. Auch hier setzen wir an, indem wir zum Beispiel gemeinsam mit Gebäudeeigentümern Optimierungspotenziale etwa bei der eingestellten Leistung heben und so aktiv zur Kostendämpfung für Mieterinnen und Mieter beitragen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Im Jahr 2035 ist dann auch der Standort Klingenberg vollständig umgebaut, und wir können die nächsten großen Schritte gehen. Wir reduzieren den Erdgaseinsatz weiter deutlich, und jetzt kommt der zweite große Unterschied zum alten Plan: Wir substituieren ihn jedoch noch nicht durch Wasserstoff. Zum energiewirtschaftlichen Dreieck gehört eben auch die Bezahlbarkeit. Wir werden 2035 die ersten Geothermieranlagen und auch Speicher, um die erneuerbare Wärme vom Sommer in den Winter zu schieben, im System haben. All das erlaubt uns in diesem Jahr eine Quote der erneuerbaren Energien von 50 Prozent. Für die Entwicklung, die Sie hier vor sich sehen, haben wir die Projekte geplant, und der Großteil davon ist bereits in der Umsetzung. Genau deshalb ist dieser Weg bis zum Jahr 2035 ganz klar vorgezeichnet. Für die Zeit danach haben wir uns jedoch entschlossen, drei Pfade zu zeigen, die sich daran orientieren, wie sich die fünf vorhin gezeigten Gelingensbedingungen weiter entwickeln werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gelingt es uns, die Elektrifizierung noch einmal deutlich über das heute bekannte Maß auszubauen und zum Teil noch unbekannte Abwärmequellen zu identifizieren und in dieses System zu bringen, dann können wir den Einsatz von grünem Wasserstoff weitgehend vermeiden. So gut dieser Pfad dem Grunde nach klingt, so anspruchsvoll und vermutlich investitionsintensiv wird er werden. Demgegenüber, ganz rechts, steht ein Wasserstoffszenario, das es uns erlaubt, auf der Grundlage einer nationalen Wasserstoffimportstrategie zu günstigen Preisen den Großteil unserer heutigen KWK-Anlagen und Heißwassererzeuger umzurüsten und weiter zu nutzen. Ich sage es einmal ganz deutlich: Dieses Szenario ist im Vergleich günstig, wie zum Beispiel eine Studie mit Siemens gezeigt hat, was es kostet, einen großen Kraftwerksstandort wie Marzahn umzurüsten. Beide Szenarien haben jeweils Vor- und Nachteile. Sie haben Befürworter, und sie haben auch Kritiker. Eines machen beide jedoch deutlich, und das möchte ich auch betonen: Ohne grüne Moleküle, ohne Wasserstoff wird die Dekarbonisierung Berlins aus heutiger Sicht nicht gelingen.

Das Szenario, das aus heutiger Sicht auf der Grundlage energiewirtschaftlicher Prognosen und regulatorischer Erwartungen am plausibelsten erscheint, ist der sogenannte Mittelweg. Das ist kein Kompromiss zwischen den beiden anderen Szenarien, sondern ein eigenständiges und tragfähiges Konzept zur Dekarbonisierung Berlins bis zum Jahr 2045.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Allen Szenarien ist dabei eines gemein, dass wir den Fußabdruck der Fernwärme im Jahr 2045 um 100 Prozent reduzieren. Berlin wird klimaneutral. Da wir dieser Geschichte heute noch nicht vorgreifen und Technologien in den Plan schreiben können, die heute noch nicht reif oder verfügbar sind, findet sich im Dekarbonisierungsfahrplan der BEW im Jahr 2045 auch ein Anteil, das sehen Sie in der Mitte, von 15 Prozent Biomasse, aus heutiger Sicht verfügbar, auch ein Beitrag zur Resilienz und zur Bezahlbarkeit, ganz genauso wie der Beitrag, den Sie hier in der Mitte aus der thermischen Abfallverwertung finden.

Diese beiden Bausteine, Abfallverwertung und Biomasse, bleiben in allen Szenarien stabil, weil sie nachhaltig und lokal verfügbar wären. Ob sie sich aber dann letztendlich wirklich im

System wiederfinden, hängt auch davon ab, wie sich die fünf Gelingensbedingungen weiter entwickeln. Bewegungen gibt es, und das sagen die Namen der Szenarien, bei den gelb eingefärbten ganz links, lokal verfügbaren und vor allem stromgeführten Bausteinen, und auf der anderen Seite, ganz rechts und da oben, die blaugefärbten mit grünem Wasserstoff betriebenen Technologien.

Dieser Plan, den wir uns jetzt hier anschauen, und die Jahresschritte, die er kennt, soll vor allen Dingen eines machen, er soll zur Diskussion, zum Mitmachen, zum Forschen und zum Entwickeln einladen. Er soll gerade nicht eine Wahrheit oder endgültige Sicherheit vermitteln. Die kann es heute absolut noch nicht geben. Er soll ein lebendes Dokument sein, ein Dokument, das sich mit der Zeit und mit wachsender Erkenntnis entwickelt und damit einen Beitrag leistet zur bezahlbaren, sicheren und ökologischen Dekarbonisierung Berlins.

Ich will mit Albert Schweitzer schließen, Arzt, Friedensnobelpreisträger und jemand, der selbst große Projekte unter schwierigsten Bedingungen umgesetzt hat. Er hat mal gesagt: Vertrauen ist für alle Unternehmungen das große Betriebskapital –, und genau dieses Vertrauen brauchen wir für die Zukunft der Wärmeversorgung in Berlin. Wir, die BEW, sind davon überzeugt, dass dieser Plan der richtige ist und dass er Optionen aufzeigt, die uns einen Weg in die Zukunft zeigen, und hoffentlich findet dieser Plan auch Ihr Vertrauen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! Sie haben Ihre Zeit nicht ganz ausgeschöpft. – Frau Grünert! Bei Ihnen sind es die im Ausschuss üblichen fünf Minuten, aber auch da gibt es kein Problem, denn anschließend kommt die Fragerunde, und dann können Sie mehr oder weniger unbegrenzt die Antworten geben. – Frau Grünert, dann haben Sie das Wort!

Judith Grünert (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, auch unsere Perspektive hier darzustellen. Ich muss eine kleine Korrektur machen: Ich war bei dem Dialogtermin der BEW durchaus dabei, aber ich denke, ich bin dennoch in der Lage, das mit etwas Abstand und unabhängig zu bewerten. Als Deutsche Umwelthilfe stellen wir uns natürlich insbesondere die Frage, ob der Fahrplan geeignet ist, die Klimaziele zu erreichen. Wichtig ist uns des Weiteren, ob wir es schaffen, die Abhängigkeit von Brennstoffimporten zu reduzieren und damit auch Kostenrisiken für die Fernwärmekundinnen und Fernwärmekunden in Zukunft möglichst gering zu halten.

Zunächst unsere Bewertung zusammenfassend in zwei Punkten: Aus unserer Sicht ist der Fahrplan, so wie er jetzt ist, nicht geeignet, die gewünschte CO₂-Einsparung und damit die Klimaziele zu erreichen, da zu viele fragliche Brennstoffe eingesetzt werden sollen. Ich begründe das auch gleich noch mal. Den zweiten Punkt, den ich machen möchte, ist: Wir wollen anregen, den Planungsansatz bei der Fernwärme zukünftig etwas zu überarbeiten und nicht mehr nur die Frage zu stellen: Wie dekarbonisieren wir die Fernwärme? – sondern auch: Wie viel Fernwärme schaffen wir wirklich zu dekarbonisieren, und was machen wir dann mit dem Rest?

Zunächst zu dem Fahrplan: Was uns sehr positiv aufgefallen ist, ist, dass die BEW dabei ist, einen interessanten Erzeugungsmix aufzubauen mit sinnvollen Technologien wie Abwasserwärme, Wärmepumpen, Power-to-Heat, Wärmespeichern et cetera. Es wird aber dennoch zu viel auf Verbrennung gesetzt, sicherlich getrieben durch die hohen Temperaturen, die das Netz derzeit benötigt. Ich möchte hier insbesondere auf zwei Technologien eingehen, die wir

als nicht geeignet ansehen, die Klimaziele zu erreichen. Das ist die Verbrennung von Holz und die Nutzung von Wasserstoff. Selbst im Elektrifizierungsszenario, wie ich es nenne, in dem Szenario lokale Wärme und Strom, kommen noch immer 15 Prozent der Wärme aus der Verbrennung von Holz und 15 Prozent aus der Verbrennung von Wasserstoff. Der Wasserstoffanteil steigt in einem anderen Szenario sogar bis auf 45 Prozent. Das ist sehr hoch.

Was stört uns an dem Holz? – Die Verbrennung von Holz ist nicht klimaneutral. Das könnte man zwar zunächst vermuten, dass das beim Verbrennen von Holz freigesetzte CO₂ dann später wieder gebunden wird, wenn neue Bäume nachwachsen, doch in der Praxis ist das leider nicht so. Warum nicht? – Erst einmal muss man sich überlegen, dass das CO₂ sehr schnell freigesetzt wird, Bäume aber bekanntlich eher langsam wachsen. Das heißt, wir haben hier einen Zeitverzug, in dem das CO₂ in der Atmosphäre und klimawirksam ist. Wir haben des Weiteren das Problem, dass wir bereits in der Klimakrise stecken, dass wir mit zunehmender Trockenheit zu kämpfen haben und die Produktivität unserer Wälder nicht mehr so hoch ist, wie wir es gewohnt sind. Es wächst nicht mehr so viel Holz nach. Es wird nicht mehr so viel CO₂ gebunden, wie wir es gewohnt waren.

Drittens müssen wir uns bewusst sein, dass der Wald auch als Senke für andere Emissionen im Rahmen des Klimaschutzes angedacht ist, also es sollen dort auch andere nicht vermeidbare Emissionen ausgeglichen werden. Diese Senkenfunktion der Wälder soll eigentlich für den Klimaschutz genutzt werden. Das wird aber natürlich infrage gestellt, wenn wir Holz verbrennen und zusätzlich CO₂ in die Atmosphäre abgeben. Das ist umso fraglicher, da es bei der Wärmeversorgung unnötig ist, denn für die Wärmeversorgung gibt es bessere Alternativen als die Holzverbrennung. Wir sollten also um jede Tonne CO₂ froh sein, die irgendwo im Holz gebunden ist und nicht anfangen, sie durch Verbrennen wieder in die Atmosphäre zu geben. Diese Erkenntnis führt im Übrigen gerade auf europäischer Ebene dazu, dass es Bestrebungen gibt, die Holzverbrennung nicht mehr als erneuerbare Energie einzustufen.

Auch Wasserstoff sehen wir nicht als idealen Brennstoff an. Er wird zwar aus erneuerbarem Strom gewonnen und ist dann erst mal klimaneutral, aber man muss sich bewusst sein, dass es durch die Umwandlungsdefizite, die man dann hat, keine effiziente Nutzung ist. Es ist immer besser, den Strom direkt zu nutzen und insbesondere dann, wenn ich ihn mit Wärmepumpen veredeln kann. Wasserstoff sollte daher allenfalls für die Spitzenlast vorgesehen werden, was in den Szenarien bisher nicht so abzulesen ist. Überhaupt müssen auch erst die Wasserstoffleitungen, die Erzeugungsanlagen, die Lieferketten aufgebaut werden, und wir wissen nicht, ob und wann das funktionieren wird. Wir sehen eine große Gefahr darin, dass der Wasserstoff am Ende nicht zur Verfügung steht oder nicht in ausreichenden Mengen, nicht zu den vertretbaren Kosten. Auch die BEW spricht in diesem Fahrplan die Risiken selbst an und entscheidet sich aber dennoch für hohe Anteile Wasserstoff. Was passiert, wenn der Wasserstoff nicht kommt, wenn die Kosten zu hoch sind? Heizen wir dann weiter mit fossilem Erdgas? Wer puffert die hohen Kosten für die Kunden ab? Muss dann noch mal neu geplant und gebaut werden? Wir sehen hier eine große Gefahr, dass wir am Ende in einem fossilen Erdgas-Lock-in landen.

Insgesamt setzt Fahrplan also aus unserer Sicht zu stark auf Brennstoffe, die nicht klimaneutral sind oder hohe Umsetzungsrisiken haben, wo wir am Ende wieder von Importen abhängig sein könnten. Dazu zählen wir auch das Holzkraftwerk Reuter West, das aus unserer Sicht eine Fehlinvestition ist. Wir empfehlen, sich auf Technologien zu konzentrieren, die wirklich

klimafreundlich sind, und auf die wir hier in Berlin, auf die Sie auch als Abgeordnete, als Berliner Senat gut Einfluss nehmen können. Lokale Wärme und Strom sind da schon die richtigen Stichworte. Es gibt dieses Szenario, aber aus unserer Sicht verdient es seinen Namen noch nicht ganz.

Das ist auch nicht alleine Aufgabe der BEW. Wir möchten hier insbesondere auch Sie, liebe Abgeordnete, lieber Berliner Senat, auffordern, eine eigene Vision zu entwickeln, wo Sie mit der Fernwärme hin möchten, welche Technologien gewollt sind und welche nicht, und der BEW entsprechende Vorgaben zu machen, aber auch den Rahmen für die Umsetzung zu bieten, denn wir sehen, dass es in Berlin große Defizite beim Stromnetzausbau gibt, bei der Erkundung der Geothermie, bei Genehmigungsprozessen und der Verfügbarkeit von Flächen. Das sind aber alles Dinge, auf die man in Berlin Einfluss nehmen kann, auf die Sie Einfluss nehmen können, was Sie auch tun sollten, wenn Sie wirklich klimafreundliche Fernwärme anstreben.

Noch ein letzter Punkt: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass man feststellt, dass man mit Strom, Abwärme, Geothermie, Speichern et cetera das Fernwärmenetz doch nicht versorgen kann, es sei denn, es kommt dieser technologische Fortschritt, von dem Herr Feuerherd gesprochen hat, den wir jetzt noch nicht absehen können. Dann muss aber auch die Frage erlaubt sein, ob wir dieses große Verbundnetz mit den hohen Temperaturen wirklich auf Dauer so erhalten wollen oder ob wir nicht ein Stück weit davon abrücken möchten. Wir finden es notwendig, hier auch einen neuen Planungsansatz auszuprobieren und zu schauen, ob man Gebiete nicht vom Fernwärmenetz löst und doch mehr mit Nahwärme und Quartierslösungen arbeitet. – Unser Appell ist, bei der nächsten Überarbeitung gemeinsam mit der kommunalen Wärmeplanung, gemeinsam mit den Bezirken auch Lösungen einzubeziehen, die eine Verkleinerung des Fernwärmenetzes bedeuten. Vielleicht zeichnet sich dann ein Bild ab, mit dem wir die Klimaneutralität 2045 tatsächlich erreichen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen! – Dann gehen wir in die Runde der Fraktionen mit den Statements und auch den entsprechenden Fragen und beginnen mit Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank Herr Feuerherd, Frau Grünert für Ihre Ausführungen! Es ist wichtig, dass wir Ihre Pläne und die Kritik daran transparent machen. Herr Feuerherd, Ich fange mit Ihnen an. Ich habe natürlich wieder eine Menge Fragen. Ich probiere, es so zu reduzieren, dass es halbwegs überschaubar bleibt. Nachdem wir unsere Anhörung, zumindest Linke und wir, als soziale und ökologische Auswirkungen betitelt haben, möchte ich auf das Thema Fernwärmepreise gehen. Sie haben sich schon geäußert und gesagt, Sie wollen das im Wesentlichen an der Inflation halten. Das hört sich erst mal gut an. Wir haben aber natürlich Sorge, dass insbesondere die Brennstoffkosten, die sich jetzt auch im Dekarbonisierungsfahrplan niederschlagen, das möglicherweise nicht so einfach machen werden. Wie sehen Sie insbesondere die Annahme für die Entwicklung von Energieholzpreisen, die in den letzten Jahren massiv gestiegen sind? Erwarten Sie da einen weiteren Anstieg, und wie kann man den letztendlich insofern begrenzen, dass sich das nicht auf die Fernwärmepreise durchschlägt? Wie sieht es mit anderen Brennstoffkosten aus?

Dann ist eine wichtige Sache: Sie sind Monopolist und müssen versuchen, die Leute davon zu überzeugen, dass es erst mal gut ist, sich an das Monopol der Fernwärme anzuschließen. Dazu

braucht man gute Argumente. Den Anschluss- und Benutzungszwang wollen Sie nicht wählen, so wie Sie sich wieder geäußert haben. Jetzt war letzte Woche auf dem BDEW-Kongress eine Kollegin aus Hamburg da. Deren Ansatz, so hat sie es gesagt, ist: Eigentlich müssen wir mit der Fernwärme im Fernwärmegebiet günstiger sein als mit der Wärmepumpe, die sich die Leute möglicherweise auch in die Häuser stellen können. Ist das auch der Ansatz, den die BEW als Zielszenario verfolgt? Der Kollege aus Mannheim kam mit einer Forderung um die Ecke, dass man im Fernwärmegebiet die Förderung der Wärmepumpe einstellen sollte, weil man sonst nicht konkurrenzfähig sei. Wie steht die BEW dazu?

Was letzte Woche auch viel diskutiert wurde, ist die Auswirkung des Gebäudemodernisierungsgesetzes – GModG –, wie es derzeit im Parlament vorliegt. Auf dem BDEW-Kongress wurde auch über die Doppelstrukturen gesprochen und wie sinnvoll sie letztendlich sind. Welche Auswirkungen sehen Sie, wenn aufgrund des GModG wir letztendlich nach wie vor die Gasinfrastruktur parallel zu anderen Wärmenetzen liegen haben?

Dann sprachen Sie davon, dass Sie den Standort Klingenberg anders entwickeln, dass dort kein Holzheizkraftwerk mehr hinkommt, was wir erst mal grundsätzlich begrüßen. Sie sprechen hier von einer Ersatzbrennstoffanlage. Bisher kennen wir diese EBS, wo getrockneter Müll nach Jänschwalde gebracht und dort verfeuert wird. Ist das dieses Prinzip, das Sie dort anwenden? Mit welchen Mengen von Ersatzbrennstoffen rechnen Sie am Standort, und wie ist der Fahrplan? Vielleicht können Sie noch mal zwei, drei Worte dazu sagen.

Letzter Komplex zu Reuter West und den Holzmengen: In der Schriftlichen Anfrage von mir geben Sie an, dass Sie alle Altholzkategorien verbrennen wollen, also auch A 1, A 2, sehr gut recycelbar. Stimmt das so, und mit welchen Holzmengen rechnen Sie, in Reuter West zukünftig zu verbrennen?

Frau Grünert! Machen wir gleich mit Reuter West weiter. Das Ding wird gebaut. Wir dürfen uns hier nichts vormachen. Die Genehmigung dürfte wahrscheinlich bald da sein. Die Bäume wurden schon gefällt. Jetzt steht das Ding irgendwann mal. Wie sollen wir in Zukunft damit umgehen? Überspitzt: Sollen wir es am besten gleich wieder abreißen, stilllegen oder sonst was, oder ist doch die Verbrennung von Biomasse für die absolute Spitzenlast aus Sicht der DUH eine Option, und wie steht es da mit Wasserstoff? Wir reden hier wirklich nur von der Spitzenlast, wie Sie zu diesen beiden Brennstoffen Holz und grünen Wasserstoff stehen. Sie sprachen sowohl über die Netztemperatur als auch ganz zum Schluss über die Möglichkeit, Teilnetze aus dem Fernwärmenetz herauszunehmen. Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen erklären, wie Sie sich das vorstellen. Sollen das dann Unterteilnetze des Fernwärmenetzes werden, die mit möglicherweise geringeren Temperaturen gefahren werden können?

Die BEW hat Ausbaupläne vorgelegt, die wir demnächst in der Wärmeplanung sehen können. Da meine ich Ausbaupläne in ganz neue Gebiete hinein, also nicht die Nachverdichtung. Wie sehen Sie das? Sehen Sie das eher kritisch, oder sagen Sie: Na ja, muss man mal schauen, wie man es letztendlich hinkommt?

Letzte Frage: Wenn die Klimaschutzziele aus Ihrer Sicht mit dem Fahrplan der BEW nicht zu erreichen sind, welche Rolle hat die Fernwärme dann überhaupt noch aus Ihrer Sicht für die Wärmewende in Berlin? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Taschner! – Dann habe ich mich selbst für die SPD-Fraktion eingetragen.

Jörg Stroedter (SPD): Herr Feuerherd! Sie haben unterschieden zwischen dem, was Sie bis 2035 machen und dem, was Sie ab 2035 machen. Warum machen Sie das so, und warum dauert diese Vorbereitungsphase aus heutiger Sicht noch mal neun Jahre? Gibt es eine Möglichkeit zu beschleunigen? Vielleicht können Sie noch mal ein bisschen genauer sagen, warum Sie keine Biomasse in Klingenberg wollen bis dahin und das nur als Reserve haben. Das ist auch noch nicht so ganz bei mir angekommen.

Sie haben 2030 genannt. Das ist der Punkt, den wir hier mal zum Kohlausstieg festgelegt haben, das ist unstrittig, und dann CO₂-Reduzierung bezogen auf 1990 minus 80 Prozent, bei Erdgas aber nur minus 20 Prozent. Welche Möglichkeiten beständen, in dem Bereich zu höheren Ersparnissen zu kommen? Vielleicht können Sie das auch noch mal deutlich machen.

Die Umweltwelthilfe sieht den Fahrplan dramatisch als nicht geeignet an. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Ist das so zu verstehen, dass Sie der Meinung sind, dass diese Ziele mit dem Fahrplan, bis 2045 klimaneutral zu werden, definitiv nicht zu erreichen sind? Vielleicht können Sie das noch einmal deutlich machen. Mir ist auch noch nicht ganz klar, warum Sie so strikt gegen die Verbrennung von Holz sind, weil wir in anderen Debatten in vielen anderen Bereichen Holz immer als besonders guten Stoff ansehen. Vielleicht können Sie das hier noch einmal deutlich machen.

Auch die Debatte zum Wasserstoff finde ich schwierig. Wasserstoff ist eine Sache, die allgemein als sehr zukunftssträftig angesehen wird. Die Frage ist nur der Preis. Bei den Grünen gibt es immer das spezielle Wort, es muss ein grüner Wasserstoff sein. Die Debatten haben wir hier auch geführt, auch in der alten Koalition. Wo sind da Ihre Bedenken? Vielleicht, Herr Feuerherd, können Sie auch noch mal das Thema Wasserstoff deutlicher ansprechen. Wir als SPD-Fraktion finden das mit dem Wasserstoff eigentlich eine sehr gute Sache. Wir wundern uns immer wieder, warum das immer wieder infrage gestellt wird. Das hätte ich gerne auch noch mal ein bisschen deutlicher dargestellt.

Vom Senat würde ich auch gerne wissen: Sie haben bestimmte Vorstellungen, bis wann die Fernwärme eine bestimmte Rolle spielen kann. Wir haben auch mit viel Geld rekommunalisiert. Wir machen den Klimapakt. Vielleicht auch noch mal vonseiten des Senats: Was kann man hier zusätzlich noch machen, und wie beurteilt der Senat das Thema Wasserstoff – dass ich dazu noch mal eine Position von der Senatorin oder dem Staatssekretär entsprechend bekomme –? Das soll es erst mal eingehend von mir sein. Ich gehe in die Rolle des Ausschussvorsitzenden zurück.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Schaal von der CDU-Fraktion!

Lucas Schaal (CDU): Herzlichen Dank! – Ich habe drei prägnante Fragen. Es sind viele Fragen aufgeworfen worden. Herr Feuerherd! Können Sie unter dem Gesichtspunkt der Kosten noch mal darstellen, wie in den verschiedenen Szenarien die Kosten letzten Endes beim Bürger ankommen, also über welchen Mechanismus die Kosten bei den Mieterinnen und Mietern bleiben. Man wird wahrscheinlich auch zwischen staatlichem Wohnungsbau, landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und vielleicht auch Privaten differenzieren müssen. Wenn Sie

uns diesen Mechanismus noch mal für die Ausbau- oder Umwandlungskosten darstellen könnten.

Das Zweite ist das Thema Wasserstoff. Da würde mich auch noch mal interessieren, wie da die Einschätzung der BEW zum Thema Wasserstoff vor Ort ist. Wie bekommen wir ihn ganz konkret hierher? Nach meinem Kenntnisstand wird es mit der Eigenproduktion hier etwas schwierig werden.

Die dritte Frage geht an Frau Grünert. Haben Sie in den letzten fünf Jahren Klageverfahren gegen das Land Berlin oder seine Bezirke geführt, und wenn ja, wie sind diese ausgegangen? Führen Sie aktuell Klageverfahren gegen das Land Berlin oder seine Bezirke, oder planen Sie, Klageverfahren gegen das Land Berlin oder seine Bezirke im Hinblick auf die Themen, für die Sie tätig sind?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Für Die Linke Herr Kollege Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die einleitenden Stellungnahmen! Ich möchte für die Linksfraktion festhalten, dass wir es sehr begrüßen, dass wir heute über den Dekarbonisierungsfahrplan der BEW sprechen können. Wir hatten auch den Eindruck gewonnen, dass es ein sehr lohnender Prozess war, wie er aufgesetzt wird, nämlich im Bereich des Stakeholdermanagements und der Beteiligung und dass es tatsächlich für die Akzeptanz und Diskussionswürdigkeit des Plans wohltuend war und uns in die Lage versetzt, in einer anderen Gesamtgemengelage über das Ergebnis zu sprechen. Ich kann Sie aber erst mal zum Ergebnis beglückwünschen und freue mich, dass man jetzt anhand eines überarbeiteten Plans über konkrete Knöpfe sprechen kann, die wir unter Umständen noch drehen müssen.

Gleichzeitig, in dem Zusammenhang, Frau Grünert, möchte ich auch Ihre Rolle in der Situation aufnehmen. Wir brauchen wir diesen kritischen Blick auch fortlaufend, und deswegen auch vielen Dank für Ihre einleitende Stellungnahme, weil ich glaube, dass das für den weiteren Prozess zwingend für uns zusammengehört, dass wir immer wieder prüfen, an welchen Stellen es unter anderem Alternativen gibt, oder wir korrigieren müssen, weil sich bestimmte Entwicklungen anders fortzeichnen, als wir es vielleicht ursprünglich angedacht haben.

Ich habe zunächst ein paar Fragen an die BEW. Sie haben das Thema Power-to-Heat angesprochen und auch den Stellenwert für den gesamten Dekarbonisierungsfahrplan. Wenn man da reinschaut, ich glaube im Fahrplan sind es die Seiten 49 und 50, wo verschiedene Diagramme abgebildet sind, dann wird schon deutlich, dass die Gesamtleistung in Relation zum prozentualen Anteil, zum Beispiel im Vergleich zur Wärmepumpe, steht. Da ist der Power-to-Heat-Bereich schon eine andere Kategorie. Uns würde interessieren, wie sich das in Stunden pro Jahr niederschlägt, wovon Sie ausgehen, mit welchen Stunden pro Jahr an Leistung Sie im Power-to-Heat-Bereich rechnen. Das haben wir noch nicht so leicht herauslesen können, aber vielleicht können Sie an der Stelle noch mal nachhelfen.

Das Zweite ist das Thema Preise. Da schließe ich mich dem Kollegen Schaal an, was er angesprochen hat, nämlich: Wie schlägt es sich in verschiedenen Szenarien nieder? Sie hatten das angesprochen. Die Preissteigerung im Sinne der Inflationsrate bis 2030 kann man nachvoll-

ziehen, und trotzdem ist die Frage: Wie geht es danach weiter, und wie sichern Sie es ab? Das würde mich auch interessieren. Wenn Sie das noch mal ausführen könnten.

Dazu kommt die dritte Frage: Sie haben quasi Gelingensbedingungen, die Sie auch aufgeführt haben. Manche davon sind sehr greifbar, andere noch nicht, oder andere sind noch im Werden oder müssen überhaupt genannt werden. Die Frage wäre an der Stelle: Haben Sie Wünsche, also die Frage zu den Wünschen und Anforderungen an die Berliner Politik, die Sie sehen, die für Sie entscheidend wären, um bestimmte Weichenstellungen zum Beispiel drehen zu können, um das Ergebnis noch mal zu verbessern, zu beschleunigen oder überhaupt Szenarien aufzumachen? Oder sagen Sie: Na ja, eigentlich stecken wir da in den und den Szenarien fest?

In dem Zusammenhang geht Ihr Ansatz von bestimmten Grundannahmen aus. Eine davon ist, dass Sie die Wärmeleistung pro Haus reduzieren können – ein entscheidender Faktor im Gesamtgefüge. An der Stelle möchte ich die Senatsverwaltung und Frau Senatorin ansprechen. Dankenswerterweise haben Sie heute schon mal bestätigt, dass Sie immer mit einer Stimme im Senat sprechen. Im Rahmen des Klimapakts, im Rahmen des Dekarbonisierungsfahrplans treffen diese Annahmen unterschiedlicher Stakeholder, insbesondere der Landesunternehmen, aufeinander und greifen eigentlich wie Zahnräder ineinander, wenn man das als Wohlwollen verstehen möchte und kann. Wie sichern Sie das ab? Wir haben die Situation, unter anderem bei landeseigenen Wohnungsunternehmen, dass sie sagen: Na ja, eigentlich machen wir unsere CO₂-Einsparung über die Fernwärme. Die Fernwärme geht aber davon aus, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen sanieren. An irgendeiner Stelle muss man das Problem auflösen, und das werden die Stakeholder im Regelfall an sich nicht selbst können, sondern diejenigen, die am Ende den Auftrag auslösen, und auch die, die die Planung für ein klimaneutrales Berlin vorlegen, haben ein Eigeninteresse daran, dass wir dort vorankommen. Mich würde interessieren, wie Sie diesen Prozess sehen, mit welchem Gefühl Sie da rangehen, welche Steuerungsinstrumente Sie dafür schon auf den Weg gebracht haben. Das ist kein Moment, der uns ereilen wird, der einmalig ist, sondern es wird ein wiederkehrendes Problem sein, so wie es Herr Feuerherd auch beschrieben hat, mit neuen Technologien, die in einer anderen Wirksamkeit in den Prozess eingreifen. Mich würde interessieren, wie Sie das zum einen bei sich im Haus in der Planung diskutieren und ansetzen, aber auch im gesamten Senat betrachten und sich der Herausforderung stellen.

Zum Schluss würde ich gerne Frau Grünert noch mal fragen. Ich fand das Thema, das Sie angesprochen hatten, die Kritik an Holz und Wasserstoff, sehr interessant. Das kann man auch nachvollziehen. Mich würde interessieren aus Ihrer Sicht und aus dem, was Ihnen bisher bekannt ist: Gibt es denn andere Alternativen, die unter anderem auch für Berlin im Bereich der Spitzenlast greifbar oder umsetzbar wären, die Sie sehen, wie wir mit dem Problem der Spitzenlast umgehen könnten, wenn es denn nicht zum Beispiel die Holzverbrennung oder Wasserstoff sein soll? Gibt es einen anderen Weg, da heranzugehen? Zu sagen, wir lösen das Fernwärmenetz auf, dazu würde ich gerne zum Abschluss Herrn Feuerherd fragen, wie Sie den Ansatz beurteilen. Es gibt dazu verschiedene Möglichkeiten, ob man das nun in Einzelunternehmen macht oder als Tochtergesellschaft. Ich glaube, das wurde schon angesprochen. Mich würde interessieren, inwieweit das Teil in Ihrer Planung im Dekarbonisierungsfahrplan war. Waren das überhaupt Überlegungen, oder ist das ein Thema, womit man sich durchaus in der Perspektive mal beschäftigen sollte? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann Herr Hansel für die AfD-Fraktion.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Auch von unserer Seite danke für die Ausführungen! Es ist interessant. Wir hatten letzte Woche so eine Art Anhörung schon mal im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, und da hat dann auch der Kollege vom BUND deutlich darauf hingewiesen, wie Frau Grünert, dass es sich bei Holz nicht um einen klimaneutralen Grundstoff handelt, sondern dass das ein Verbrennungsstoff ist, und natürlich auch Müll, der aus Kunststoff besteht und mal Erdöl gewesen ist. Das ist natürlich alles nicht klimaneutral. Wenn man sich am Schluss anguckt, wo es eigentlich irgendwann mal auf 100 Prozent klimaneutral gehen soll, geht es nicht. Das zeigt, dass Klimaneutralität letzten Endes erst mal ein semantischer Kampfbegriff der Klimaapokalyptiker ist und tatsächlich nicht erreichbar, zumindest nicht nach dem Szenario. Insofern schließt sich hier heute auch noch mal ein Kreis.

Dann das Thema – Kollege Bertram hat es angesprochen – Spitzenlast: Ich nenne es immer Versorgungssicherheit bei Dunkelflaute. Wenn ein wachsender Teil der Grund- und Spitzenlast auf Strom umgestellt wird, die BEW die Versorgung an kalten Wintertagen mit Dunkelflaute, wenn Strom zugleich am knappsten und am teuersten ist, sichern muss, bleibt die Antwort Gas-Back-up. Wir reden auch von der Gaskraftwerkstrategie, die in den nächsten Jahren kommen muss. Wenn ja, ist der Kohleausstieg 2030 dann tatsächlich ein Ausstieg aus dem fossilen Betrieb, wenn die notwendigen Gaskraftwerke, die wir brauchen, weiterhin faktisch das Arbeitsfeld der Versorgung darstellen? In eine ähnliche Richtung ging die Frage des Kollegen Stroedter. Das sind, glaube ich, die wichtigsten Erkenntnisse von unserer Seite, und es sind die entsprechenden Fragen gestellt. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann haben wir den Kollegen Dörstelmann für die SPD-Fraktion.

Florian Dörstelmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe nur eine ganz kurze Anschlussfrage. Mich würde interessieren, wie Herr Feuerherd die Möglichkeit mit gelagerten Wasserstoff umzugehen, einschätzt, das heißt, wenn wir die Spitzen der erneuerbaren Energieproduktion nutzen, die zum Teil aktuell noch nicht genutzt werden können und diese aber dafür verwenden, Bestände mit Wasserstoff aufzubauen. Ich habe hier inzwischen im Ausschuss gelernt, dass die Lagerfähigkeit von Wasserstoff sich in den letzten Jahrzehnten stark verbessert hat, was Voraussetzung dafür ist, und das war früher nicht so. Welches Potenzial hat das?

Ich hätte noch eine kurze Frage an Frau Grünert. Sie sagten, dass für die Dekarbonisierung ein Holzkraftwerk natürlich nicht sinnvoll ist. Ich finde das nachvollziehbar. Allerdings würde mich interessieren, welche Potenziale Sie in Ausgleichsmaßnahmen mit Holz sehen. Sie haben von den Bäumen gesprochen, die langsam nachwachsen. Das ist unbestreitbar und leuchtet auch sofort ein, aber trotzdem kann man natürlich über solche Programme auch Ausgleichsmengen erzielen. Wie ist da die Relation? Was ist da berechnet worden? Da muss es ja relativ exakte Modelle geben, ob sich das lohnt, in welchem Umfang das möglich ist und wie schnell man das machen kann.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Weitere Wortmeldungen liegen aus dem Ausschuss nicht vor. Dann gehen wir in die Antwortrunde und dann der Senat. Herr Feuerherd, dann beginnen wir wieder mit Ihnen.

Christian Feuerherd (BEW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Fragen! Herr Dr. Taschner, ich fange mit den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Sie haben zuerst nach den Preisen gefragt, wie sie sich entwickeln und welchen Einfluss die Brennstoffkosten, die man in den Szenarien sieht, auf die Preise nehmen werden. – Heute bilden sich Preise in der Fernwärme entlang dieser Preisänderungsklausel, und diese Preisänderungsklauseln haben immer einen fixen Grundpreisanteil, der stellvertretend für die Investitionen, für das gebundene Kapital steht, und einen Arbeitspreis, der die Brennstoffkosten reflektiert. Die Unternehmen sind gehalten, ihre Preisänderungsklauseln genau dieser Verteilung dieser beiden Kostenblöcke auch in den Unternehmensstrukturen Rechnung zu tragen. Das würde bei dem Investitionsvorhaben der BEW von rund 3,5 Milliarden Euro in den nächsten Jahren dazu führen, dass sich der Fixkostenblock relativ zum Verbrauchskostenblock erhöht. Das ist auch eine der Grundannahmen, warum wir in diesem Bereich, wo es

eher mit Investitionskosten, mit Personalkostensteigerungen gleitet, sagen, dass wir es anstreben, im Bereich der inflationsbedingten Steigerungen zu bleiben.

In den Szenarien selbst haben wir verschiedene Datensätze von Agenturen und Instituten, die sich mit Preisprognosen beschäftigen, herangezogen. Die fließen in unsere Bewertung für diese Modelle ein und hier gerade dann in den individuellen Anlageneinsatz. Wenn Wasserstoff günstiger ist als Biomasse, dann würde Wasserstoff zuerst ins System und so weiter, und das hat dann natürlich einen Preiseinfluss, aber einen mit heute verglichenen relativ kleineren, weil der Anteil des Arbeitspreises am Gesamtpreis insgesamt kleiner sein wird.

Die zweite Frage, die Sie gestellt haben, war nach dem Monopol. Ich kenne kein so gutes Monopol wie die Fernwärme, denn das, was man da bekommt, ist eine lebenslange Wärmeversorgung für eine Immobilie, die erst dann verändert werden muss, wenn die Immobilie abgerissen wird. Was man während dieser ganzen Zeit bekommt, ist: keine Folgeinvestitionen, man hat viel mehr Platz, man hat keinen Schornstein, man bekommt vor allem die Wärmewende frei Haus. Das passiert tatsächlich, und deswegen sage ich immer: Na ja, diese Monopoldiskussion hat zwei Seiten. Wir kennen vor allen Dingen zufriedene Fernwärmekunden, die tatsächlich bis zum Lebensende der Immobilie bei uns bleiben.

Ihre konkrete Frage war dann: Die HEnW hat auf der BDEW-Tagung gesagt, sie würden gerne günstiger als die Wärmepumpe sein. Unser Anspruch ist es auch, die Wärmepumpe als Vergleichstechnologie und als Benchmark heranzuziehen. Ob es immer gelingen wird, günstiger zu sein als die Wärmepumpe, lässt sich nicht sagen. Heute ist das jedenfalls nicht der Fall. Ich will dazu zwei Sachen sagen, das kam auch in einer Frage vor, nämlich: Der Kollege aus Mannheim hat gesagt, was ich richtig finde und auch unterstütze: Wir müssen die Förderung effizienter gestalten. Wir können nicht eine Wärmepumpe in einem Fernwärmeausbaubereich der kommunalen Wärmeplanung fördern, weil das zu einer Wettbewerbsverzerrung führt. – Das passiert heute schon. Die Wärmepumpe ist als Technologie heute schon hoch gefördert. Die Anlagen selbst werden in großen Stückzahlen in China zu immer günstiger werdenden Preisen hergestellt, und das muss man in die Betrachtung gerade von Förderinstrumenten mithineinnehmen. Deswegen finde ich es richtig, was der Kollege gesagt hat: Keine Doppelförderung von Technologien in einem bestimmten Gebiet.

Ich will noch ein zweites Thema dazu bringen: Die Fernwärme ist heute die ehrlichste Technologie, wenn es um die Preisstellung geht, denn in den heutigen Wärmepumpenpreisen sind zukünftige Preissteigerungen für den Netzausbau in den Stromnetzen und Übertragungsnetzen gar nicht vermerkt. Wenn Sie sich also vorstellen, dass sich ein Netz verdoppelt und verdreifacht, dann wird das auch mit entsprechenden Kosten einhergehen. Das heißt, die Netznutzungsentgelte werden über die Zeit steigen, und das wiederum finden Sie heute in der Fernwärme schon reflektiert und bei den meisten anderen Technologien eben leider noch nicht.

Die Auswirkungen des Gebäudemodernisierungsgesetzes war Ihre dritte Frage, Herr Dr. Taschner: Im Moment kann ich eines sagen: Die abstrakten Auswirkungen all dieser Diskussionen, die wir um diese Gesetzespakete im Moment bundespolitisch und lokal führen, sorgen dafür, dass Fernwärme gerade nicht verkauft wird, weil die Menschen unsicher sind, weil sie zögern und politische Guidance und Struktur abwarten, und die gibt es im Moment nicht ausreichend. Insofern haben wir gerade einen der schlechtesten Vertriebsstarts, die wir je hatten, hingelegt, und das ist einer der Gründe. Insofern geht es uns darum, dass die Geset-

zesvorhaben jetzt zügig auf die Bahn kommen, insbesondere das sogenannte Wärmepaket. Zum Gebäudemodernisierungsgesetz kann ich aus Perspektive der Fernwärme sagen, dass wir gar nicht so unzufrieden sind, weil weitgehend die europäische Gebäuderichtlinie, die EPBD, in deutsches Recht umgesetzt worden ist, und das ist für die Fernwärme eher hilfreich und gut.

In derselben Frage haben sie nach dem Weiterbetrieb von Gas gefragt. Das ist eine ähnliche Antwort wie bei der Wärmepumpe. Solange wir es nicht schaffen, verbindliche Wärmepläne zu veröffentlichen oder die Förderinstrumente effizient auszugestalten oder den Menschen politische Guidance zu geben, werden wir die parallelen Infrastrukturen leider haben, weil die Menschen unsicher sind und man ihnen heute sagt: Du kannst dir eine neue Gasheizung einbauen, und dann braucht es eben auch ein Gasnetz –, oder wenn man in derselben Straße demjenigen sagt: Du bekommst deine Wärmepumpe mit 40 Prozent gefördert –, dann wird er sich das auch eher überlegen als vielleicht Fernwärme zu nehmen. Insofern brauchen wir ein Level-Playing-Field und verbindliche Regelungen, die helfen, das volkswirtschaftlich zu einem Optimum zu bringen.

Die nächste Frage ging in Richtung Klingenberg, EBS analog Jänschwalde. Ich will damit anfangen: Unser Dekarbonisierungsfahrplan hat den Anspruch, Klimaneutralität zu liefern. Qualitäten wie die, die nach Jänschwalde gebracht werden, werden heute getrocknet, aufwendig sortiert, verbrauchen also selbst, um als Produkt entstehen zu können, sehr viel Energie. Das wollen wir zukünftig nicht. Insofern ist der Ersatzbrennstoff, über den wir hier in Klingenberg sprechen, von einer gänzlich anderen Qualität und nicht dieser hoch aufbereitete EBS mit hohen Heizwerten. Die Menge in Tonnen, die wir anstreben: Wir halbieren die Anlagengröße. Die alte Biomasseanlage wäre 210 Megawatt groß geworden, die neue EBS-Anlage soll ungefähr 108 Megawatt groß werden, und das ist dann in einem Bereich, heizwertabhängig, von 170 000 bis 190 000 Tonnen – [Nachträglicher Korrekturwunsch des Redners: circa 350 000 Tonnen] –, die da jährlich durchgesetzt werden. Zum zeitlichen Fahrplan: Wir sind dabei, im Aufsichtsrat die Investitionsentscheidung vorzubereiten. Die soll in der kommenden Sitzung getroffen werden. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass wir dann im Jahr 2032 die EBS-Anlage in Klingenberg in Betrieb nehmen können.

Dann haben Sie nach Reuter West gefragt und festgestellt, dass alle Holzkategorien in der Genehmigung aufgeführt sind. Das ist richtig, das ist aber weiterhin nicht unser Ziel. Wir fühlen uns weiterhin mit der Nachhaltigkeitsvereinbarung mit dem Land Berlin sehr verbunden und werden die Dinge, die wir dort aufgeschrieben haben, einhalten. Unser Ziel ist es eher, die Altholzfraktionen, Landschaftspflegematerial und Holz- und Kurzumtriebsplantagen zu holen. Das greift ein Argument von Frau Grünert auf, die gesagt hat, dass die Bäume sehr langsam wachsen. Das ist richtig, aber es gibt auch sehr schnell wachsende Kulturen. Die BEW bewirtschaftet 2 000 Hektar Kurzumtriebsplantagen, Pappeln, die innerhalb von vier Jahren die volle Wuchsgröße erreichen, dann zu Holzhackschnitzel umgewandelt werden und thermisch verwertet werden können.

Die Menge, die wir in Reuter West einsetzen wollen, sind ungefähr 125 000 Tonnen absolut trockene Biomasse. Da muss man immer so ein bisschen aufpassen, wenn man dann rechnet. „Absolut trocken“ heißt ein Wassergehalt von Null. Wir sprechen von lufttrocken. Das ist dann lutro. Das ist eine andere Menge. Da hat man ungefähr 30 bis 35 Prozent Feuchtigkeit in diesem Holz und dann eine entsprechend größere Menge. Ich will das noch einmal sagen: In

Reuter West hören wir 2030 auf, 700 000 Tonnen Kohle zu verbrennen. Wir bauen ein super-resilientes, modernes, zukunftsgerichtetes Portfolio da hin, und ja, dazu gehören auch 125 000 Tonnen Holz, ein Brennstoff, der heute verfügbar ist, der bezahlbar ist und der die Stadt auch resilienter macht. Wir alle erinnern uns an den letzten Winter und an die hier politischen Krisen. Alles, was uns hilft, von fossilem Erdgas wegzukommen und die Abhängigkeiten zu reduzieren, hilft in diesem Fall.

Ich komme zu Ihnen, Herr Stroedter, zu den Fragen der SPD-Fraktion. Warum eigentlich 2035 als Break? – Der Standort Klingenberg ist der, der auch noch über das Jahr 2030 hinaus entwickelt wird, also der sozusagen nach dem vollzogenen Kohleausstieg in Reuter West noch gebaut wird. Das ist einer der Gründe. Der wichtigste in dem Kontext ist vielleicht ein ganz nachvollziehbarer, und zwar baut die Stromnetz Berlin ein Umspannwerk in der Wuhlheide, und dieses Umspannwerk stellt die elektrische Leistung bereit, um all die Komponenten an diesem Standort betreiben zu können: ein großes Rechenzentrum, eine Power-to-Heat-Anlage. Deswegen haben wir gesagt, weil das das Ende einer Ära markiert, nehmen wir dieses Jahr 2035, zeigen auf, welche Effekte wir bis dahin und dann auch mit diesen Technologien gehoben haben werden und zeigen von dort aus den Weg nach vorne. Es gilt, was ich gerade gesagt habe, die Projekte bis 2035 sind entweder schon konkret im Bau begriffen oder an einem Planungsstand, der so weit ist, dass er entschieden werden kann, sodass die dann schnellstmöglich in den Bau gehen können.

Warum keine Biomasse in Klingenberg? – Die Entwicklungsgeschichte in Klingenberg war so, dass wir 2017 aus der Braunkohle ausgestiegen sind. 2017 war das Jahr des Gases. Gas war günstig, und dann war der nächste Plan, den wir hatten, der Bau einer großen GuD-Anlage am Blockdammweg. Das war das, was viele Akteure in Deutschland zu dieser Zeit gemacht haben. Dann kam das EWG Bln, das Energiewende- und Klimaschutzgesetz in Berlin, und das hat gesagt: Liebe Wärmebetreiber, ihr müsst 40 Prozent erneuerbare Energien in 2030 liefern. – Das hätten wir mit dieser Anlage nicht geschafft. Dann war für uns die technologische Weiterentwicklung genau vor diesem Hintergrund, dass wir eine große Biomasseanlage geplant haben. Heute, zwei oder drei Jahre weiter, nachdem wir die Biomasseanlage geplant haben, sind wir ein Stück klüger, haben als Unternehmen auch im städtischen Verbund andere Möglichkeiten zu Partnerschaften und haben uns deswegen entschieden, diesen Standort gänzlich umzubauen mit Power-to-Heat im Rechenzentrum, mit Heißwassererzeugern und mit der Ersatzbrennstoffanlage. Das sind eigentlich die Gründe für keine Biomasse, und ich sage auch das noch mal, ich sage das auch immer in der Zeitung: Wir sind keine Holzverbrenner. Wir treten nicht an und wollen Holz verbrennen. Wir machen das, was vernünftig ist und von dem wir glauben, dass es den drei Kriterien Bezahlbarkeit, Ökologie und Versorgungssicherheit am ehesten gerecht wird.

Dann haben Sie eine Frage gestellt, Herr Stroedter: 2030 80 Prozent gegenüber 1990. Das bezog sich auf die CO₂-Emission der Fernwärme in Summe. Die waren bei 13,3 Millionen Tonnen in 1990, und die werden etwas über 2 Millionen Tonnen im Jahr 2030 liegen. Gleichzeitig reduzieren wir den fossilen Erdgaseinsatz um 20 Prozent, und gleichzeitig heißt in dem Fall in genau diesem System. Wir nehmen die Kohle heraus und reduzieren fossiles Erdgas, und dann entsteht genau dieser Effekt. Kann man das schneller machen? – Wenn es nach mir geht gerne. Wir haben keinen Weg gefunden, das noch mal zu beschleunigen. Sie müssen sich vorstellen, was das bedeutet. Ganz Deutschland, die ganze Welt baut gerade Kraftwerke. Wenn Sie zu Siemens nach Spandau fahren und sehen, wo die Turbinen hingehen, gehen die

in die Emirate, nach Südamerika, nach Nordamerika und ganz wenig geht nach Deutschland. Deswegen sind wir so froh, überhaupt da zu sein, wo wir gerade sind. Deswegen, so sehr wir uns das wünschen, sehen wir im Moment da keine Beschleunigungsmöglichkeiten.

Die Perspektive auf Wasserstoff haben Sie erfragt. Ich habe das hier auch schon mehrfach erläutert. Wir überbauen gerade das deutsche Energiesystem in Größenordnungen mit erneuerbaren Energien. Das führt dazu, dass diese erneuerbaren Energien zu sehr vielen Stunden im Jahr abgeschaltet werden und nicht genutzt werden können. Ich bin bei allen, die sagen: Ja, da muss man zuerst direkt elektrische Anwendungen nutzen. – Absolut richtig, machen wir! Das sind dann Wärmepumpen. Das sind vielleicht Power-to-Heat-Anlagen. Es wird aber auch dafür nicht reichen, und dann ist Wasserstoff, trotz aller Umwandlungsverluste, immer noch ein geeignetes Medium, ein geeignetes Speichermedium, um diesen Überschussstrom aus den erneuerbaren Energien einer anderen Verwendung zuzuführen, und diese andere Verwendung ist Versorgungssicherheit. In den Zeiten der Dunkelflaute im letzten Winter – ich habe es gerade gezeigt, minus 14 Grad Celsius über mehrere Tage, kein Wind, keine Sonne –, was machen wir denn da? Wollen wir in Brandenburg eine Gasturbine anwerfen, oder wollen wir in Berlin eine KWK-Anlage anwerfen, die sehr viel effizienter einen teuren und von Umwandlungsverlusten getragenen Brennstoff wie Wasserstoff viel besser ausnutzt und das ganze System effizienter und sehr viel bezahlbarer macht? Mein Plädoyer wäre absolut der letzte Teil. Insofern mache ich mich da sehr stark.

Das zweite Element – ich habe das auch versucht zu sagen –, ist: Die Kraftwerke, an denen Sie in Berlin vorbeifahren, die Anlagen, die wir gerade neu bauen, auf Wasserstoff umzurüsten, ist verglichen mit den Alternativen vergleichsweise günstig. Insofern, wenn es gelingt mit einem nationalen Krafttakt Wasserstoff in die Fernwärme zu bringen, und ich glaube, wir waren nie weiter als heute, dann kann und muss Wasserstoff auch in Berlin eine Rolle spielen, zunächst, auch da stimme ich zu, in der Spitzenlast, aber wenn es dann um das Thema Bezahlbarkeit geht und wir das hinbekämen, möglicherweise als Übergangstechnologie, gerne auch in der Mittellast.

Ich will eine Frage zum Thema der Lagerfähigkeit von Wasserstoff aufgreifen und ergänze sie gleich, obwohl sie zum Schluss gestellt worden ist: Ich finde das eine superinteressante Frage. Sie spielt mit ganz vielem, vor allen Dingen mit meinem Gedanken des technologischen Fortschritts. Die Chemie hinter dem Wasserstoff erlaubt unterschiedlichste Aggregatzustände, von gasförmig zu flüssig, und Flüssigkeiten haben den Vorteil – da haben Sie vollkommen recht –, dass sie lagerbar sind. Lagerbare Flüssigkeiten stehen für Resilienz. Wenn wir uns also hier lagerbaren und flüssigen Wasserstoff in Berlin hinlegen könnten, wenn das eine Möglichkeit wäre, dann fänden wir das einen guten Baustein. Das hat heute noch nicht die Reife, auch das braucht Infrastruktur und viele Ideen, aber auch hier noch mal: Wir haben noch 20 Jahre Zeit und arbeiten an allen Themen mit Hochdruck.

Ich komme zu Ihnen, Herr Schaal, und zu den Fragen der CDU: Kosten für die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Szenarien. Ich fange mit dem an, was ich gerade schon gesagt habe. Die Szenarien sind unterschiedlich investitionsintensiv, das Wasserstoffszenario vielleicht etwas weniger, das Szenario „Lokale Wärme und Strom“ etwas mehr. Warum? – Weil beim „Lokale Wärme und Strom“ die Netze noch mal mehr ausgebaut werden müssten, also noch mal mehr als die heute schon sehr ambitionierten Pläne des Stromnetzes. Das gilt für das Stromnetz gleichermaßen wie für das Übertragungsnetz, und wenn man dann diese

Kosten in die Investition in Wärmepumpen et cetera mithineinnimmt, dann wird das möglicherweise ein teures Szenario. Ich will aber über das Szenario gar nicht den Stab brechen, sondern sagen, wir glauben auch an dieses Szenario. Das kann gut gelingen, wenn sich die Randbedingungen entsprechend weiterentwickeln.

Was das Thema generelle Preisentwicklung angeht, verweise ich auf die Antwort an Herrn Taschner, wo wir durch die Investition getrieben einen sehr hohen Grundpreisanteil haben und den Arbeitspreisanteil am Gesamtpreis etwas zurücknehmen werden. Ja, da wird es davon abhängen, wie sich diese Preise entwickeln. Wie günstig kann Wasserstoff im System sein? Wie günstig wird Biomasse tatsächlich sein? Was wird Erdgas kosten? Welchen Preis hat CO₂? All das können wir heute noch nicht abschließend beantworten, aber ich kann eines sagen: Wir aktualisieren jährlich unsere Preisprognosen, auch bis ins Jahr 2045, denn mit jedem Jahr zusätzlicher Erkenntnisse wächst auch die Klarheit nach hinten raus. Ich kann meinen Anspruch, den Anspruch unseres Unternehmens wiederholen. Wir wollen versuchen, die Preisentwicklung im Rahmen der Inflationsentwicklung zu halten.

Die Frage nach dem Wasserstoff auch hier noch mal kurz aufgegriffen: Wie bekommen wir ihn hierher? – Ich habe gerade gesagt, wir waren nie weiter. Wir haben in Berlin mit der NBB einen Akteur, der Berlin an das Kernnetz anschließen wird. Das ist ein ganz wichtiger Schritt. Dieses Kernnetz wird gebaut werden. Der Ferngasnetzbetreiber ONTRAS wird Leitungen bauen, die nach Berlin führen oder an Berlin vorbeiführen, und wir haben mittlerweile Akteure, die tatsächlich auch investieren. Das sind aus heutiger Sicht insbesondere die nordischen Länder. Das sind Finnland und Dänemark. Das konnte man auch vor zwei Wochen lesen, dass sie sich mittlerweile Sorgen um die Deutschen machen und ihre eigenen Investitionen so ein bisschen infrage stellen. Davor will ich ausdrücklich warnen, denn das würde uns eine Option auch für das Berliner Energiesystem nehmen. Wo kommt also der Wasserstoff her, Herr Schaal? – In erster Linie aus den nordischen Ländern. In allererster Linie vermutlich über Pipelines, über eine Ferngasleitung oder dann in verflüssigter Form über Schiffe und Gasifizierungsterminals, um sie dann wieder in die Pipelines einzuspeisen.

Herr Bertram! Erst mal vielen Dank für das Lob am Prozess. Sie haben nach der Power-to-Heat-Leistung gefragt. Wie viele Stunden pro Jahr setzen wir sie eigentlich ein, und wie ist das Verhältnis zur Wärmepumpe? – Die Wärmepumpe ist natürlich mindestens mit dem Faktor 3 die effizientere Technologie, weil wir aus einer Einheit Strom drei Einheiten Wärme machen können. Was man für eine Wärmepumpe aber immer braucht, ist eine Umweltenergiequelle oder eine andere Art der Quelle, über ein Rechenzentrum, beispielsweise Abwärme, die man mit einer Wärmepumpe im Temperaturniveau anhebt. Genau dieses Potenzial ist eigentlich der Bottleneck. Wir versuchen all das zu heben, was wir irgendwie finden und bekommen können, und nur das, was wir nicht auf diese Weise energetisch weiterentwickeln können, setzen wir in Power-to-Heat-Anlagen ein. Power-to-Heat-Anlagen haben den Vorteil, dass sie sehr netzdienlich sind. Die, die wir gar nicht weit entfernt in Mitte bauen, bauen wir zusammen mit dem Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, und das zeigt den volkswirtschaftlichen Nutzen dieser Technologie, weil man die schnell an- und ausmachen kann, Überschussstrom in Wärme umwandeln kann und dann im besten Fall noch in einen Speicher fährt und dann auch noch länger etwas davon hat. Die konkreten Stunden des Einsatzes der Power-to-Heat-Anlagen würde ich nachreichen. Die habe ich jetzt nicht zur Hand. – Wie preisintensiv sind die Szenarien? – Ich bin da jetzt einmal vorbeigegangen und hoffe, dass die Antworten in dem Sinne zufriedenstellend waren.

Wünsche zu den Gelingensbedingungen: Ich gehe mal der Reihe nach durch, und da erzähle ich Ihnen nichts Neues, das ist Ihnen besonders bewusst. Das Berliner Stromnetz braucht einen Ausbau. Die Leistungsheranführung der Übertragungsnetze 50Hertz an Berlin braucht absolute Aufmerksamkeit, und es muss alles oder viel dafür getan werden, dass das gelingen kann. Das geht über Genehmigungsverfahren, Eigenkapitalzuführung und über viele verschiedene Wege. Das ist für uns und für den Erfolg der Wärmewende sehr wichtig.

Das zweite Thema: Berlin und Brandenburg zusammen denken. Diese Metropolregion zusammen zu denken und auch die Verwaltung und die politischen Entscheidungsträger zusammenarbeiten zu lassen, ist ein wichtiger Baustein. Wir sehen im Moment, gerade im Ostteil des Berliner Stadtgebietes, im östlichen Umland, sehr viel Potenzial, das wir gerne erschließen wollen würden, und das braucht einen gemeinsamen politischen Willen. Die privatwirtschaftlichen Akteure, mit denen wir sprechen, sind zu vielem bereit und unterstützen das sehr.

Vielleicht noch zwei Sachen an der Stelle zum Abschluss, zum einen das Thema tiefe Geothermie: Da geht es um das Thema Geschwindigkeit, weil das Thema tiefe Geothermie dem Grunde nach ein Langläufer ist. Egal, was wir uns heute wünschen, wir werden wahrscheinlich neun Jahre brauchen, bis wir richtige, echte Geothermie in unserem System haben. Ich habe das in meinen Folien auf das Jahr 2035 datiert. Da strengen sich schon alle an und geben richtig Vollgas, sodass wir das auch erreichen können. Einer der Wünsche wäre, wenn die 3D-Seismik in Teilen ihre Daten schon veröffentlicht und uns zur Verfügung stellt, würden wir sie selbst prozessieren, analysieren und damit unser Untergrundmodell für den Berliner Osten erstellen, weil wir dort anfangen wollen zu bohren.

Beim Thema regulatorische Rahmenbedingungen wüsste ich jetzt nicht, wo ich anfangen und aufhören soll, aber da wünsche ich mir zwei Sachen: Einerseits eine starke Rolle Berlins im Bund, und ich glaube, Berlin weiß, was es für eine gelungene Wärmewende im Bund braucht, zum Beispiel eine Verlängerung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes bis 2038, und in Berlin – ich habe das in meinem Vortrag so ein bisschen angedeutet – ist auch ein Blick auf das Energiewende- und Klimaschutzgesetz vielleicht noch mal hilfreich, gerade, wenn man sich das Jahr 2030 anschaut mit einer sehr harten Forderung, die wir erfüllen können, die aber auch Geld kostet, weil die Technologien, die wir in das System bringen, wie gerade skizziert, 2032 in Klingenberg und dann 2035 in Klingenberg, das auf einem kostengünstigeren Pfad, dafür aber zwei Jahre später dann auch erlauben würden. Das wäre noch mal etwas, von dem ich mir vorstellen kann, dass es für Berlin hilfreich wäre.

Letzte Frage, Auflösen der Fernwärme: Ich habe, Herr Bertram, die Frage nicht abschließend verstanden. Ich beantworte sie so, wie ich glaube sie verstanden zu haben. Das war ein Vorschlag von Frau Grünert. Kann man nicht die Fernwärme so ein bisschen auflösen und kleinere Netze daraus machen und kalte Nahwärmenetze? – Ich habe viele Jahre kalte Nahwärmenetze, dezentrale Lösungen gebaut. Wenn man sich die Preisentwicklung anguckt, worüber sich Menschen heute beschweren, dann sind das häufig diese kleineren Netze, diese kleineren Lösungen, die häufig teuer sind. Ich will auch darüber nicht den Stab brechen. Es braucht sie alle, aber es ist auch immer eine Frage der Bezahlbarkeit.

Dann ist es natürlich auf der anderen Seite immer auch eine Frage der Gebäude, ob diese in der Lage sind, diese Niedrigtemperaturwärme zum Beispiel zu verarbeiten. Wir haben vorhin auch die kritische Nachfrage gehört, die auf den Sanierungsstand des Berliner Gebäudesektors abgezielt hat. Wir sind heute an vielen Stellen da nicht. Wo wir aber Möglichkeiten haben, und das will ich explizit sagen, solche Lösungen zu bauen, im Neubau zum Beispiel, bin ich unbedingt dafür, weil das ein ganz wichtiger und toller Teil der Energiewende und Wärmewende ist, kalte Nahwärmenetze oder anderen Lösungen, Nahwärmelösungen per se zu bauen. Auch die BEW macht das. Wir haben eine Tochtergesellschaft, die BEW Solutions, und die ist seit vielen Jahrzehnten im Bauen und Betreiben solche Lösungen sehr erfahren. Deswegen negieren wir sie gar nicht. Ich würde davon abraten, in einem ersten Schritt den Fokus darauf zu legen, Netzbereiche von der Wärme abzukoppeln. Was wir versuchen, ist, mit unseren Kundinnen und Kunden zusammen in bestimmten hydraulischen Teilgebieten die Temperaturen abzusenken, das aber dann im Gleichklang mit dem Sanierungsfortschritt am Gebäude. Ich glaube, das ist der viel größere Hebel. Wenn man sich Euro pro Tonne CO₂ anschaut, hat man da noch mal eine größere Chance, wenn das Ihre Frage war, Herr Bertram.

Herr Hansel! Wie geht die Versorgungssicherheit bei Dunkelflaute? – Da war gerade mein Plädoyer für die KWK: Das braucht unbedingt eine Zukunft. Wir erleben das immer wieder, und ich glaube, die KWK mit sehr viel weniger Einsatzstunden als heute – heute ist das eine Grundlasttechnologie, morgen wird es eher eine Mittel- und Spitzenlasttechnologie sein – stehen dann aber auch stellvertretend für eine effiziente Brennstoffnutzung Wasserstoff, denn das ist genau die Erklärung des Gesamtsystems. Wir haben im Sommer überschüssigen Strom. Den wandeln wir in Wasserstoff um, und wenn es im Winter eine Dunkelflaute gibt, wandeln wir ihn in über KWK-Anlagen in Wärme und Strom um. Das wäre unsere Antwort.

Bei allen Überlegungen, das kann ich Ihnen versichern, steht das Thema Versorgungssicherheit ganz oben. Wir bauen nicht ein ideologisches Portfolio oder eines, von dem wir hoffen, dass es sich irgendwann materialisiert, sondern es ist immer so, dass wir da durchdeklinieren. Versorgungssicherheit muss immer gewährleistet sein, auch bei minus 14 Grad, und auch dann, wenn die größte Anlage ausfällt, können wir noch – – [Frank-Christian Hansel (AfD): Ab wann läuft das so?] – Das läuft immer so, jeden einzelnen Tag. Es gab keine Zeit, wo das so nicht war, und es wird auch keine Zeit geben, wo das so sein wird. Es läuft immer so, dass wir diese N-1-Sicherheit gewährleisten in allen unseren – – [Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)] –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Es macht keinen Sinn. Sie werden nicht aufgezeichnet. Sie müssen sich dann noch mal melden, wenn Sie das möchten.

Christian Feuerherd (BEW): Bis ein alternativer Brennstoff zur Verfügung steht, wird es ein gasförmiger Brennstoff sein, wie heute fossiles Erdgas, der die Versorgungssicherheit dann aufrechterhält neben anderen, aber auch die elektrische Leistung wird zur Verfügung stehen. Daran arbeitet die Bundesregierung. Das ist dann eine Gasturbine irgendwo anders, die den Strom erzeugt, aber das wird keinen Einfluss auf die Berliner Wärmeversorgung haben.

Ist der Kohleausstieg auch dann klar, wenn die Gaskraftwerke nicht kommen? – Damit meinen Sie wahrscheinlich, ob die Bundesnetzagentur es zulassen wird, die Berliner Kohleanlagen außer Betrieb zu nehmen, wenn der Ramp-up in den Kapazitätsmechanismen mit diesen Gaskraftwerken nicht so schnell hochkommt. So habe ich die Frage verstanden. Ich hoffe

doch sehr, dass das so kommt, denn wir wollen mit der Kohleverstromung aus verschiedensten Gründen aufhören, aus ökologischen, aber auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Diese Anlagen sind sehr alt und nicht mehr geeignet, in einem so modernen Energiesystem mit viel erneuerbarem Überschussstrom tätig zu sein. Insofern hoffen wir, dass das so kommen wird und haben bislang keine Indizien, dass es anders sein sollte. Die letzte Nachfrage hatte ich mit dem lagerbaren H2 vorhin schon beantwortet. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann, Frau Grünert, Ihre Beantwortung!

Judith Grünert (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Ich fange mit der Frage an, die nichts mit dem Dekarbonisierungsfahrplan zu tun hat, ob wir gerade Klageverfahren gegen das Land Berlin oder seine Bezirke durchführen. Ich arbeite im Bereich Energie und Klimaschutz bei der Deutschen Umwelthilfe. Da ist mir kein Klageverfahren zu Energiethemen bekannt. Was ich jetzt nicht sicher weiß, ist, ob der Bereich Verkehr und Luftreinhaltung bei uns in irgendeiner Form zu Tempo-30-Zonen, Fahrradwegen, Luftreinhaltung Klageverfahren anhängig hat. Wenn Sie das wissen möchten, könnte ich das aber noch im Nachhinein in Erfahrung bringen. Ich weiß es gerade nicht.

Dann war die Frage, ob wir den Fahrplan als nicht geeignet ansehen, die Dekarbonisierungsziele zu erreichen. Tatsächlich ist es so, dass wir aktuell bei allen drei Szenarien sagen, dass die Ziele 2045 nicht erreicht werden können. Wir sehen natürlich auch, dass wir hier in einem Prozess sind und dass der Fahrplan regelmäßig überarbeitet wird und es da auch noch Anpassungen geben kann, technologische Entwicklungen und so weiter, aber aktuell sind wir da skeptisch.

Unsere Bedenken, was Wasserstoff anbelangt, hatte ich schon ausgeführt. Zum einen ist es keine besonders effiziente Lösung. Wir haben die Unsicherheiten bei der Umsetzung und die große Sorge, dass, wenn neue Gaskraftwerke gebaut werden, der Wasserstoff nicht kommt, am Ende wir dann mit dem Erdgas dasitzen und klimaschutzmäßig nichts gewonnen haben. Dann sehen wir auch, dass wir vermutlich von Importen abhängig sind, den Wasserstoff nicht im Inland produzieren können. Es war auch ein Ziel, unabhängiger von Importen zu werden. Sie sprachen von den nordischen Ländern. Da denkt man vielleicht: Na ja, das ist nicht ganz so gefährlich, aber man weiß nie, wie sich die geopolitische Lage entwickelt. Wir sollten also so unabhängig sein wie möglich, und die Kostenrisiken beim Wasserstoff sehen wir auch.

Das heißt aber nicht, dass wir Wasserstoff komplett und für immer ausschließen wollen. Da komme ich auf Ihre Frage zurück. Wir sehen schon, dass für die Spitzenlast in irgendeiner Form auch ein gasförmiger Brennstoff notwendig sein kann. Wir sehen aber auch, dass zu wenig getan wird, um die Spitzenlast zu reduzieren. Das Sanieren wurde gerade schon angesprochen. Da tut Berlin aus unserer Sicht deutlich zu wenig, um den Bedarf an Wärme zu reduzieren. Man kann natürlich auch mit Speichern arbeiten, um die Spitzenlast am Ende abfedern zu können. Auch die Temperaturabsenkung im Netz spielt sicherlich eine Rolle bei der Höhe der Spitzenlast. Diese Temperaturabsenkung macht uns auch ein bisschen Sorge. Ich hatte im Fahrplan gelesen, dass man allenfalls denkt, auf 95 Grad runter zu kommen. 95 Grad ist immer noch enorm viel. Nahwärmenetze, kalte Nahwärmenetze arbeiten mit deutlich niedrigeren Temperaturen und würden dann natürlich eine deutlich geringere Spitzenlast benötigen, wenn die Gebäude saniert sind.

Zur Rolle der Fernwärme in Berlin: Wir haben hier ein sehr großes Fernwärmenetz. Insofern wird die Fernwärme in irgendeiner Form eine große Rolle spielen. Die Frage ist dann, ob als Lösung oder als Problem, vermutlich irgendwie beides. Im Eingangsstatement wurde so selbstverständlich gesagt, dass die Fernwärme eine gute Lösung für die Wärmewende in Berlin ist. Man müsste nur die Quellen austauschen, und dann wäre alles gut, und niemand müsste sich weiter kümmern. Auch die Gebäudeeigentümer müssten nichts weiter tun. Der Gedanke ist natürlich verlockend, aber wir sehen an dem Fahrplan, wie schwierig es tatsächlich ist, vernünftige Wärmequellen an den Start zu bringen, sodass ich wieder zu diesem Punkt komme, dass man doch überlegen muss, ob dieses große Wärmenetz so in seiner Gänze erhalten bleiben muss oder ob man nicht doch schaut, ob man davon ein Stück weit abdrücken muss. Ich bin keine Technikerin. Ich kann nicht sagen, ob man das irgendwie in Teilnetze und so weiter aufteilen kann. Dazu muss die BEW noch mal Stellung nehmen. Ich würde mir aber wünschen, dass man diesen Gedanken einfach mal ein bisschen vorträgt und sich zusammensetzt und überlegt: Was ginge denn da? –, denn das würde gewisse Probleme lösen oder zumindest reduzieren, den Spitzenlastbedarf, aber auch den Bedarf an eher fragwürdigen Brennstoffen insgesamt.

Zu den Ausbauplänen: Ist es sinnvoll, die Fernwärme noch auszubauen? – Solange wir nicht wissen, wie wir dieses bestehende Netz sinnvoll dekarbonisieren, würde ich von einem Ausbau abraten. Ich würde es jetzt aber nicht partout für immer und ewig ausschließen. Es kann schon sein, dass es irgendwo Gebiete gibt, die man sinnvoll anschließen kann, weil sie dazwischen liegen, aber, wie gesagt, solange wir nicht wissen, wie wir das gegenwärtige Netz, den gegenwärtigen Bedarf gut abdecken können, würde ich von einem Ausbau abraten.

Dann war noch die Frage zu Reuter West. – Noch ist das Kraftwerk nicht gebaut. Insofern hoffe ich, dass man da vielleicht doch noch das Ruder herumreißen kann. Ich sehe keine sinnvolle Anwendung der Holzverbrennung. Das ist nicht nachhaltig. Das ist nicht klimafreundlich. Wir haben eine Gesetzgebung, die nicht sicherstellt, dass wir eine nachhaltige Holzbeschaffung haben. Ich kann da keinen sinnvollen Anwendungsweg für Reuter West aufzeigen. – Ich weiß nicht, ob ich etwas vergessen habe, sonst gerne noch mal nachfragen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – [Zuruf von Florian Dörstelmann (SPD)] – Es gab eine Frage zu den Ausgleichsmaßnahmen.

Judith Grünert (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Können Sie das noch mal ein bisschen genauer sagen, was Sie mit Ausgleichsmaßnahmen meinten?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Kollege Dörstelmann, bitte!

Florian Dörstelmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben jetzt darüber gesprochen – Herr Feuerherd hatte das auch dargestellt –, dass hier Hölzer gezogen werden, die nachher dann thermisch verwertet werden. Das müsste man so nicht machen. Methodisch ist es denkbar, dass man nur die Hölzer zieht und eingelagert. Dann hat man ein Holz, das CO₂ entzogen hat. Das ist schlicht und ergreifend eine klassische Ausgleichsmaßnahme für die Verwendung an anderer Stelle. Ich könnte jetzt einen anderen Brennstoff verwerten und hätte dann eine Ausgleichsmaßnahme über dieses Holz geschaffen. Da würde mich mal die Relation interessieren, es muss ja irgendwann mal berechnet worden sein: Was brauche ich wofür? Was kostet das?

Judith Grünert (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Ich kann Ihnen keine Zahlen sagen. Sie wollen mit dem Holzzuwachs Emissionen ausgleichen? Das ist diese Senkenfunktion, die ich vorhin auch schon mal angesprochen habe, dass mit dem Zuwachs von Bäumen in Wäldern Emissionen auch aus anderen Sektoren ausgeglichen werden sollen, aber ich kann Ihnen keine Mengen nennen oder wie man das aufrechnet oder so. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Wie gesagt, das ist jetzt das Baumgesetz, aber die Debatte wollen wir jetzt nicht eröffnen. – Jetzt hat sich die Kollegin Wolff gemeldet.

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Ich finde, nach all diesen Informationen, die wirklich so vielfältig heute noch mal dargestellt worden sind, Herr Feuerherd, muss man auch sagen, wie sich auf den Weg gemacht wird, finde ich richtig und auch gut. Insofern möchte ich Sie noch mal fragen, auch Frau Grünert: Sehen Sie es nicht so, dass diese Transformation, die Zeit, in den nächsten 18 bis 20 Jahren, wir reden immer von 2045, eine Übergangszeit ist in einer Transformationsphase, wo auch die Entwicklung trotzdem nicht stillsteht? Ich habe die Glas- kugel nicht in der Hand, aber wenn ich sehe, wie in Berlin geforscht, gemacht und unterstützt wird – alleine, was ich auf der ILA gesehen habe, ich rede hier nicht von Verteidigungssystemen oder was weiß ich, sondern ich rede von ganz anderen Dingen, die sich allein im Space über Satelliten entwickelt haben –, wenn man sich diesen Zeitraum mal anschaut, ist es keine so kurze Zeit.

Wenn ich sehe, wie schnell Menschen auch hier vor Ort in die Entwicklung gehen und sich etwas einfallen lassen, ist es dann nicht wichtig, dass wir auch daran glauben, dass dann auch

zwischenzeitlich eine Umgestaltung einer Planung passieren könnte. Deshalb an Sie noch mal die Frage: Was ist die Umgestaltung der Planung? Sie reden von einem Zeitraum von drei Jahren einer Umgestaltung: Ist der Fortschritt eventuell so schnell, dass Sie dann lieber noch einen Moment abwarten und sagen: Ich warte noch auf diesen nächsten Stepp, bevor wir etwas planen, was dann wieder überholt ist? Haben Sie nicht auch beide das Gefühl, dass wir dieser Transformation diese Zeit geben müssen, weil sie uns eigentlich erst mal kurz vorkommt, aber die Entwicklung gerade auf Hochtouren läuft, habe ich das Gefühl? Ich weiß gerade nicht, wie ich das anders ausdrücken soll, aber ich habe das Gefühl, gerade hier in Berlin passiert eine ganze Menge. Mir persönlich macht das Hoffnung, weil ich Ihnen versprechen kann, ich bin eine sehr umweltbewusste Dame. Ich liebe unser Holz, und ich liebe unseren Wald. Es gibt ganz viele Dinge, die ich ablehnen würde, in jeglicher Form, in Energie einzusetzen. Davon kann man ausgehen, aber mit dem, was ich heute gehört habe, habe ich das Gefühl, wir sind auf einem extrem guten Weg. Ich sehe das als Transformation, die einfach Zeit braucht und Geld kostet, das ist nun mal so, und trotzdem im Effekt nachher ganz stark einspart und uns vor allen Dingen allen zu Gute kommt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Jetzt habe ich noch Herrn Dr. Taschner.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Ich habe zwei kurze Anmerkungen zu meiner Kollegin. Ich will Ihnen eigentlich nicht groß widersprechen, aber die Sache ist, wir müssen jetzt die Investitionen machen. Jetzt wird Geld investiert, um ein Holzheizkraftwerk am Standort Reuter West zu bauen. Die nächste Investition ist diese Ersatzstoffbrennanlage in Klingenberg. Die kann ich nicht nach fünf Jahren abschalten, wenn sich in der Forschung irgendetwas getan hat. Natürlich haben wir in den letzten Jahren einiges erreicht. Gerade im Bereich der Großwärmepumpen waren enorme Sprünge drin. Ich weiß nicht, was da noch zu erwarten ist. Die Sache ist, wir müssen jetzt Geld in die Hand nehmen. Es hat 1 Milliarde Euro im Raum gestanden. Die richtig zu investieren, ist jetzt unsere Aufgabe.

Ich habe noch eine kurze Nachfrage an Herrn Feuerherd. Sie sprachen bei Wasserstoff von nordischen Ländern. Es steht in Ihrem Dekarbonisierungsfahrplan auch etwas von blauem Wasserstoff. Da habe ich natürlich meine Probleme. Erdgas in Wasserstoff umzuwandeln und dann wieder zu verbrennen ist eigentlich unsinnig, dann verbrenne ich das Erdgas lieber gleich, dann bin ich effizienter. Wenn ich jetzt sehe, dass in Norwegen das CCS-Abscheiden und die Verpressung nicht ordentlich funktioniert hat, so wie man sich das vorgestellt hat, dann verstehe ich nicht, wie Sie auf die nordischen Länder kommen. Vielleicht können Sie noch zwei Sätze dazu sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Jetzt habe ich noch Herrn Kollegen Bertram.

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vor der Senatsantwortrunde noch zwei kurze Nachfragen. Zum einen, Herr Feuerherd, haben Sie uns dargelegt, welche Ersatzbrennstoffe Sie nicht verfeuern wollen. Vielleicht können Sie uns aber noch mal darlegen, welche Sie stattdessen einplanen und verwenden wollen.

Frau Grünert! Wir haben über das Thema Spitzenlast reduzieren gesprochen. Sie hatten zwei Sachen thematisiert, das Sanierungsthema und die Temperatursenkung. Sie haben aber angedeutet, Sie sehen noch andere Möglichkeiten, die Spitzenlast zu reduzieren. Ich würde gerne fragen, welche Sie da als Deutsche Umwelthilfe sehen und mit in die Diskussion werfen wür-

den, wo Sie sagten, da müsste das Land Berlin mehr tun. Mich würde interessieren, welche Maßnahmen Sie da im Kopf haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich erst Herrn Feuerherd und Frau Grünert bitten zu antworten, bevor wir in die Senatsrunde kommen. Wer fängt an? – Frau Grünert, bitte!

Judith Grünert (Deutsche Umwelthilfe e. V.): Zum einen zu der technologischen Entwicklung: Das ist natürlich etwas, was wir alle gerne hätten, dass es eine technologische Entwicklung gibt, die uns eine einfache Lösung präsentiert. Aber, wie Herr Taschner schon sagte, wir müssen jetzt planen und jetzt investieren, und wir können die Sachen auch nur mit unserem Wissen von heute bewerten. Wenn es da in zwei, drei, fünf Jahren irgendetwas anderes gibt, ist unsere Bewertung vielleicht auch eine andere, dann freuen wir uns alle, aber aktuell müssen wir mit dem arbeiten, was wir haben.

Zur Frage Spitzenlast senken: Ich meinte tatsächlich insbesondere die Sanierung der Gebäude und damit die Reduktion des Temperaturbedarfs der Gebäude. Ich habe den Eindruck, dass in Berlin zu wenig für das Thema Sanierung getan wird, und was natürlich eine weitere Maßnahme ist, wenn es irgendwie gelingt, vielleicht doch mehr mit kleineren Netzen zu arbeiten, würde das die Spitzenlast auch reduzieren, dann diesen neuen Zahlungsansatz auszuprobieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Herr Feuerherd!

Christian Feuerherd (BEW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Fragen, Frau Wolff! Nochmals vielen Dank für Ihre Perspektive auf das Thema! Das, was Sie gesagt und geschildert haben, ist das zentrale Narrativ auf diesen Dekarbonisierungsfahrplan. Wir machen jetzt, ich habe das bewusst auch so gesagt – im Englischen sagt man: no regret – Entscheidungen, die wir nicht bereuen, denn diese Projekte, die wir machen, dienen dazu, dass wir aus der Kohle aussteigen, acht Jahre früher, in Berlin 2030. Wir verbrennen 700 000 Tonnen Kohle nicht mehr. Ich verstehe all diese Diskussionen um Holz und die Senkenfunktion und all das, aber einen Millionen Jahre alten Brennstoff aus der Erde zu holen, dieses CO₂ freizusetzen, ist doch etwas völlig anderes als das, was wir in ganz kleinen Einheiten mit 100 000 oder 125 000 Tonnen bei der Biomasse machen als ein kleines Element am Standort in Reuter West.

Insofern kann ich noch mal sagen, was unsere Überlegungen geleitet hat, ist zunächst dieser Weg bis 2035, da den Kohleausstieg zu organisieren, da alle KPIs zu erreichen, was das Thema erneuerbare Energien, CO₂-Fußabdruck der Fernwärme et cetera anbetrifft, und sich darüber ein Fundament zu bauen, um jedes nächste Jahr wieder zu prüfen. Das war die zweite Frage: Wie oft können wir diesen Plan aktualisieren? – Marko Voß, der neben mir sitzt, leitet bei uns das strategische Asset-Management. Er macht das jeden Tag. Er guckt sich jeden Tag Technologieentwicklungen an. Er prüft: Wie entwickeln sich Preisszenarien? Und immer, wenn wir an so einem Erkenntnispunkt angelangt sind, wo wir sagen, jetzt lohnt es sich wieder, dann machen wir das wieder. Das ist doch völlig klar. Das ist genau der Geist dieses Planes, nicht zu sagen: So wird es kommen, sondern zu sagen: Wir bauen jetzt ein Fundament. Das werden wir nicht bereuen. Das bringt uns von der Kohle weg, und auf dieser Grundlage haben wir dann die drei Möglichkeiten, die wir in den Pfaden aufgezeigt haben.

Herr Dr. Taschner! Sie haben das Thema Farbenlehre angesprochen. Bei Blau bin ich bei Ihnen, aber dem Grunde nach würde ich auch hier eher dazu raten. Es ist immer so, das Bessere ist der Feind des Guten, wenn wir nicht damit anfangen, Wasserstoff und auch Wasserstoffderivaten in den Markt zu verhelfen und darüber einen Markthochlauf zu ermöglichen. Wir hatten das bei ganz vielen anderen Technologien auch gesehen. Es braucht das. Ich will jetzt nicht sagen, lasst uns mit lila, grün, blau anfangen, sondern ich wäre natürlich auch gerne schnell bei einem grünen Wasserstoff. Aber wenn es nützlich ist, um die Infrastruktur, die Leitungssysteme, den Umbau der Kraftwerke zu organisieren, dann wäre ich bei der Farbenlehre jetzt nicht zu dogmatisch und würde sagen: Es geht nur grüner Wasserstoff. Das haben wir aber in unserem Fahrplan nicht behandelt. Das ist jetzt eher meine Perspektive auf Markthochläufe. Was braucht so was? – Das braucht ein bisschen Mut am Anfang, damit es am Ende auch ein Erfolg wird.

Warum ich das mit den Nordics anspreche: – Das ist auch das, was ich immer sage. Das Energiesystem, das sich viele wünschen und das wir gerade in Deutschland bauen, ist ein hoffnungslos überdimensioniertes Energiesystem. Das sehen wir an den Preisen, die es hat. Mal bezahlen Sie für Strom 700 Euro die Megawattstunde, und in einem anderen Moment müssen Sie 499 Euro draufzahlen, wenn Sie eine Megawattstunde produzieren. Das führt leider dazu, dass erneuerbare Quellen abgeschaltet werden. Da sage ich, dann lieber mit einem Umwandlungsverlust, aber diese Anlage weiterlaufen lassen, ein Windrad Onshore, Offshore, oder eine PV-Anlage, und dann diesen Wasserstoff nutzen. Das ist doch die Idee. Es geht nicht um Wasserstoff per se oder dem Grunde nach, sondern es geht um Wasserstoff als Speichermedium für erneuerbare Energien, um die vom Sommer in den Winter zu bringen. Lokale Wärmespeicher ist ein Thema, aber Wasserstoff ist der, den wir wegen seines gasförmigen Zustands gut zu kennen glauben und für den wir die richtigen Anlagen haben. Deswegen glaube ich, gehört er in solche Energiesysteme, mindestens graduell. Zu welchem Grad, muss man in der weiteren Entwicklung sehen.

Herr Bertram! Sie fragten danach: Was ist das denn jetzt für ein EBS, wenn es nicht der andere ist? – Das Gegenteil von diesem hochkalorischen EBS ist ein niedrigkalorischer EBS. Das ist hausmüllstämmiger Abfall. Er wird sortiert und aufbereitet, aber er wird nicht mehr getrocknet, weswegen er einen hohen Feuchtegehalt haben wird. So planen wir diese Anlage in Klingenberg, die dann gut damit umgehen kann, sodass auch dieser Brennstoffinput möglichst klimaneutral hergestellt werden kann.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank an Sie beide! – Dann gehen wir jetzt in die Beantwortung durch den Senat. – Frau Senatorin Giffey, bitte!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Es ist schon sehr viel gesagt worden. Ich würde einfach noch mal ein bisschen aus Senatssicht ergänzen, und sicherlich sind wir da an vielen Punkten mit Herrn Feuerherd auf einer Linie, eigentlich an nahezu allen, weil wir intensiv den Prozess der letzten zwei Jahre begleitet haben. Die BEW ist seit zwei Jahren ein Landesunternehmen, und das ist, wie Sie alle wissen, und davon bin ich fest überzeugt, eine der großen klimapolitischen Errungenschaften in dieser Legislatur. Das ist die wichtigste klimapolitische Weichenstellung dieses Jahrzehnts, dass wir das größte Fernwärmenetz Westeuropas wieder in Landeshand zurückgeholt haben. Ich finde, das muss man noch mal an dieser Stelle sagen. Es ist auch klar, das sagen wir immer wieder, wenn die

Wärme nicht klimaneutral wird, wird die Stadt nicht klimaneutral, also hat die Fernwärme einen erheblichen Anteil daran, dass wir das hinbekommen.

Frau Grünert! Man kann sich immer kleinere Netze wünschen, aber wir haben eine andere Situation in Berlin. Es wird nicht lange dauern, dann werden wir die Vier-Millionen-Marke der Einwohnerzahl in unserer Stadt überschreiten. Ich weiß nicht, wem Sie erklären wollen, wir kürzen die Netze zusammen und stehen dann gleichzeitig für Versorgungssicherheit. Das wird schwierig. Für uns ist ganz entscheidend, dass wir immer den Dreiklang bewahren. Die BEW hatte von Anfang an dieses Ziel, und das haben wir auch mit der Rekommunalisierung verbunden. Der Dreiklang aus Versorgungssicherheit auf der einen Seite, Preisstabilität auf der zweiten Seite und Investitionen in die Transformation ist für uns handlungsleitend.

Es ist völlig klar, dass niemand mit dem Finger schnippen kann und bei einer solchen Dimension, über die wir hier reden, von heute auf morgen alle Wünsche erfüllt sein werden. Wir werden nicht von heute auf morgen klimaneutral. Wir werden auch nicht von heute auf morgen uns komplett aus der Biomasse verabschieden. Aber was wir gemacht haben, was entscheidend ist, ist, dass wir mit der Dekarbonisierung und dem Dekarbonisierungsfahrplan, der jetzt auch noch mal überarbeitet wurde, ein ganz klares Zeichen setzen: Weg von den fossilen Energieträgern, weg von Biomasse, so weit wie möglich reduzieren und eine Offenheit für weitere Reduktion, nur, es geht nicht sofort. Es geht nicht mit dem Fingerschnipp. Es wird sehr davon abhängen, wie sich die Entwicklung in den kommenden Jahren vollzieht.

Ich möchte eine Lanze brechen für das, was Herr Feuerherd am Anfang gesagt hat: Vertrauen. Vertrauen heißt nicht, blind irgendetwas glauben, aber Vertrauen heißt, auch mal zu schauen: Wie hat sich unsere Welt eigentlich in den letzten 20 Jahren verändert? Ich kann es für mich persönlich, und ich glaube, das können Sie auch gut nachvollziehen, sagen: Überlegen Sie mal, wo Sie vor 17 Jahren waren. Ich weiß es noch ganz genau. Am 30. Juli vor 17 Jahren war ich in der Mutter-Kind-Klinik Neukölln und habe meinen Sohn entbunden. Was hat das mit dem Tag heute zu tun? – Es hat damit zu tun, dass wir da eine Zeit hatten, in der es noch kein Smartphone gab. Ich weiß noch genau, wie es erst so ein bisschen rüberschwappte, als mein Sohn ein bisschen älter war, und in der Babyzeit, ich kann mich noch genau erinnern, dass ich festgestellt habe: Meine Güte, was geht jetzt alles mit diesem Teil. Das ist ja Wahnsinn. – Überlegen Sie sich mal, was in unserer Welt, das ist für mich immer so ein Ankerpunkt, die letzten 17 Jahre, alles passiert ist. Bestimmt hat jeder von Ihnen auch in seinem eigenen Leben noch eine Erinnerung, wie es war, als Sie das erste Mal ein Smartphone in der Hand hatten. Heutzutage ist das für uns ganz normal, und wir können damit unfassbare Dinge tun. Unsere gesamte Welt hat sich in nur 17 Jahren extrem verändert. Das ist ein technologischer Fortschritt, den wir vor ein paar Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten.

Wie gesagt, ich habe vorhin von Brasilien erzählt, wie ein Zahlungsinstrument, das komplett nur über Smartphone funktioniert, das gesamte Land umgekrempelt hat, wie wir sehen, was alles allein durch die Internettechnologie und überhaupt über die Smartphonemöglichkeiten möglich ist. Genau das wird uns auch in anderen Feldern passieren. Wir waren in Brasilien. Ich habe mich mit einem Unternehmer unterhalten, der massiv in Wasserstoff investiert, der ein großes Interesse an Berlin hat, und der sagt: Wir haben hier ganz viel Wasser, Wind und Sonne, und wir werden massiv – das hat Brasilien schon vor mehreren Jahren gemacht – in die Produktion, Herstellung und Umwandlung von Wasserstoff investieren. Wir wollen nach Europa. Wir wollen das transportieren. Natürlich ist das auch Zukunftsmusik, weil die noch

ganz viele unbeantwortete Fragen haben: die Menge, die Speicherfähigkeit, der Transport, die Logistik, die Kosten.

Natürlich kommt das alles noch, aber wir haben nicht umsonst gerade eine Initiative Ostdeutschlands, die ostdeutsche Wasserstoffinitiative. Da hat Berlin gerade den Vorsitz. Wir reden mit unseren anderen benachbarten ostdeutschen Bundesländern über die Nutzung von Wasserstoff. Wir reden über das Wasserstoffkernnetz, eine Forderung, die die Energieminister in der Energieministerkonferenz aufgemacht haben, eine Forderung, die wir an die Bundesregierung haben, das Wasserstoffkernnetz in Deutschland, so wie es auch schon in der vergangenen Legislatur geplant war, umzusetzen, Berlin da anzuschließen. Wir haben einen eigenen Plan. Wenn dieses Wasserstoffkernnetz kommt, wer soll denn dann zuerst angeschlossen werden? Da gibt es ganz verschiedene. Das BMW Motorradwerk zum Beispiel hat ein Rieseninteresse. Mercedes hat ein Rieseninteresse, Bayer, Berlin Chemie, alle großen Industrieunternehmen. Wir haben ganz klar gesagt: Wenn dieses Wasserstoffkernnetz kommt, wird es einen Ort geben oder einen Träger, der als Allererstes angeschlossen wird, und das sind unsere Heizkraftwerke, völlig klar. Dass das alles noch nicht heute bis ins letzte Detail bestimmbar ist, ist, glaube ich, auch klar, aber es muss eine ganz wesentliche Komponente des Energiemixes der Zukunft sein, weil wir das sonst nicht hinbekommen.

Wir haben das auch international an verschiedenen Stellen diskutiert. Auch andere Länder machen sich Gedanken darüber, was zuerst da war. Wir haben das Henne-Ei-Problem. Die einen sagen, wir können nicht genügend Wasserstoff nutzen, weil zu teuer und noch nicht lieferbar. Die Nächsten sagen, wir können keine Verteilnetzstation aufbauen, weil noch nicht die Nachfrage da ist. Die Nachfrage ist deshalb noch nicht da, weil es noch keine Verteilnetzstationen gibt. Wasserstoff in Lkws, Wasserstoff in mobilen Individualfahrzeugen, all das sind Themen, die kommen, aber Wasserstoff in der Wärmeversorgung auch, und das ist ganz am Anfang. Aber wenn wir uns die Schnelligkeit anschauen, mit der Technologien entwickelt werden, wie andere Länder teilweise weiter sind als wir, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass das, was wir heute diskutieren, 2026, nicht State of the Art sein wird von 2030, 2035, 2040, 2045. Wir werden da eine ganz andere Welt haben. Deswegen muss man das auch so diskutieren, dass bestimmte Technologien, wo wir heute wissen, es funktioniert theoretisch, wo wir heute noch nicht alle Antworten haben, trotzdem Technologien der Zukunft sind.

Ich will auch noch mal bekräftigen, was Herr Feuerherd gesagt hat. Der Abschied aus der Kohle 2030, also 2026 ist eigentlich schon rum, wir haben 2027, 2028, 2029, 2030, das sind nicht mal mehr vier Jahre, über die wir reden, ist eine massive Investition, die wir vor der Brust haben. Jeder kann sich gerne die Kraftwerksstandorte angucken, was da passiert. Alle, die mit dem Fuß aufstampfen und sagen: Das geht aber nicht schnell genug –, lade ich herzlich ein. Schauen Sie sich ein Kraftwerk an. Wir bieten das an. Schauen Sie sich an, was es bedeutet, Schornsteine, Turbinen, ganze Kraftwerke abzureißen und neu zu errichten, denn wir müssen sehen, wir sind im Innenstadtbereich. Wir können nicht einfach mal eben eine Power-to-Heat-Anlage dazu bauen. Nein, wir müssen erst mal abreißen. Wir müssen die alten Anlagen abreißen, um neue zu errichten. Das passiert gerade in Millioneninvestitionen. Wir werden in den nächsten Jahren über 3 Milliarden Euro in die Dekarbonisierung, in die Ablöse von Kohle investieren.

Das ist eine Riesenleistung, und das ist übrigens in keinem anderen Bundesland in der Größenordnung, wie wir es hier bei uns tun, denn niemand anders hat so ein großes Netz. Wir haben eine wachsende Stadt. Wir können nicht sagen, wir machen lieber Klein-Klein, wir fahren mal ein bisschen zurück, denn dann wird nämlich die eine Ecke vom Dreieck nicht mehr gewährleistet, und das ist das Thema Versorgungssicherheit. Wir können gerne sagen, wir finden Biomasse verbrennen ganz doof, aber im Moment brauchen wir noch einen gewissen Anteil, natürlich mit dem Ziel, sich davon zu lösen. Das haben wir immer gesagt. Das ist, glaube ich, sehr entscheidend, wenn wir darüber sprechen, wie die Zukunft aussieht, wie der technologische Fortschritt einhergeht mit dem klaren Bekenntnis schon heute, aus der Kohle auszusteigen, und das innerhalb der nächsten dreieinhalb Jahre, denn bis 2030 ist nicht mehr viel Zeit. Dieses Bekenntnis ist klarer Bestandteil des Dekarbonisierungsfahrplans, und dieses Bekenntnis heißt, dass gerade massive Baumaßnahmen laufen an jedem einzelnen Kraftwerksstandort in Berlin, und dass wir uns gleichzeitig dafür einsetzen, dass das Thema Wasserstoffkernnetz bundesweit umgesetzt wird, dass Berlin angeschlossen wird, dass wir als Erstes die Heizkraftwerke da dran haben. Das muss politisch bewegt werden, und das machen wir auch.

Wir haben natürlich auch das Thema der anderen Energiequellen. Geothermie ist heute mehrfach angesprochen worden. Das ist auch so ein Zukunftsthema. Wir wissen noch nicht genau, wie die Fündigkeit aussieht, wie die Nutzbarkeit aussieht, zu welchem Grad wir Geothermie nutzen können. Wir werden aber natürlich so viel wie möglich nutzen. Auch da gibt es die Vereinbarung mit SenMVKU, wenn wir eine Fündigkeit haben. Es gibt ganz viele Leute, die Interesse an Geothermie haben, die es gerne abzwacken wollen, aber dann müssen wir klar sein, auch politisch klar sein. Die Priorität hat unsere Wärmeversorgung. Wenn wir Geothermie in Berlin finden, dann wird das nicht an sonst wen gegeben, sondern geht erst mal an die Heizkraftwerke, weil wir die Fernwärme dekarbonisieren müssen. Diese politisch Prioritätensetzung müssen wir alle miteinander klar haben, dass das dann eben auch ein Schwerpunkt ist.

Ich würde gerne auch noch mal etwas sagen: Es ist so ein bisschen in den Raum gestellt worden, wir würden hier mit fragwürdigen Brennstoffen agieren, und es kümmert sich niemand weiter um etwas anderes. Ich will das noch mal ganz klar sagen: Das Kümmern um die Dinge bedeutet, ganzheitlich denken, und das bedeutet, dass es nicht die eine Energiequelle geben wird, mit der wir in Zukunft arbeiten. Herr Feuerherd hat es in seiner Präsentation schon ausgeführt. Es ist nicht nur das Thema Wasserstoff. Es ist nicht nur das Thema Geothermie. Wir haben das ganz große Thema Abwärme aus Rechenzentren. Das wird in Zukunft zunehmen. Die Rechenzentren in der Stadt werden ausgebaut werden. Wir werden dort eine massive Wärmeerzeugung haben. Die können und müssen wir nutzen. Wir haben auch das Thema Abwärmenutzung aus Abwasser. Es gibt ein großes Projekt in der Siemensstadt. Das ist der größte Abwasserwärmetauscher Europas, der da gerade mit Siemens, mit BMW, mit den Berliner Wasserbetrieben mit einem Durchmesser von über einem Meter errichtet wird, wo das heiße Wasser und das Abwasser durchfließen und mit den Abwasserwärmetauschern, die im Becken liegen, in der Kanalisation liegen, die Wärme abgezogen wird. 10 bis 12 Grad hat jedes Abwasser in Berlin durchschnittlich zu jeder Jahreszeit, das heißt, wir haben da massenhaft Energie, und das zu nutzen, ist eine Aufgabe der Zukunft. All das wird Thema sein. Man kann immer sagen, das reicht nicht und das ist jetzt nicht genug und so weiter, aber wir müssen sehen, wir haben eine zeitliche Komponente und einen Wahnsinnsumbaubedarf, das

hinzubekommen. Den Ausstieg 2030 aus der Kohle alleine hinzubekommen, ist eine Rieseninvestition, eine Riesenanstrengung.

Ich will noch einmal sagen, dass wir natürlich, was über 2030 hinausgeht, mit den entscheidenden Schritten auch weitermachen und weiter auch diesen Anspruch haben, mit diesem Fahrplan nicht nur heute ein Zielfeld zu legen, und so ist es dann, und danach machen wir nichts mehr strategisch, sondern zu sagen, das ist heute der Stand. Dieser Dekarbonisierungsfahrplan muss fortgeschrieben werden. Wir müssen uns auch anschauen, das finde ich immer sehr wichtig an der Stelle: Was ist denn eigentlich unser Rahmen? Die Regulatorik auf Bundesebene, die Frage der Kraftwerksgesetzgebung, die Frage der Vorgaben, die wir dort bekommen, wirkt sich unmittelbar aus auf das, was Sie tun können und auf unseren Plan aus. Die Frage von Fördermöglichkeiten von europäischer Ebene wirkt sich auf unseren Plan aus, was wir tun können und was nicht. All das müssen wir berücksichtigen. Insofern wird das, was in den nächsten Jahren passiert, natürlich auch ein lebender Prozess sein. Das heißt aber nicht, dass wir uns auf die Zukunft vertagen und sagen: Na ja, das entwickelt sich ja eh noch, machen wir jetzt nichts. – Nein, wir haben eine Eigenkapitalzuführung im Rahmen des Klimapaktes, das hat das Parlament hier mitgetragen, von 550 Millionen Euro Eigenkapitalzuführung an die BEW, die damit Kredite am Kapitalmarkt hebt.

Neun Banken sind gerade unter Vertrag, die das ermöglichen, und es ist nicht so, dass die Banken sich schwertun, im Gegenteil, wir haben sehr interessierte Banken, die genau da investieren wollen, weil die natürlich auch die Performance der BEW sehen, dass die BEW nämlich auch im letzten Jahr mit einem Plus rausgekommen ist, bei stabilen Fernwärmepreisen, das will ich auch noch mal sagen, und dass wir da ein Unternehmen haben, das wirklich gut wirtschaftet, erfolgreich arbeitet und trotzdem investiert. Das heißt, wenn wir als Land eine politische Priorität setzen und sagen, wir geben Eigenkapital da rein und ermöglichen der BEW, Kredite aufzunehmen, dann sind das Investitionen in die Zukunft, die die Banken als absolut rational und sich rentierend sehen, als Unternehmensinvestition in erfolgreiches Wirtschaften, in erfolgreiches Unternehmertum. Das machen wir gerade. Insofern muss man einfach sagen, dass dieser Dekarbonisierungsfahrplan kein Schlusstrich unter einer Debatte ist, sondern der ist ein Auftakt für die Umsetzungsphase. Natürlich muss in jeder guten Projektumsetzung auch nachgesteuert werden. Es muss geschaut werden: Kann man Dinge schneller tun? Gibt es neue Lösungen? Gibt es neue Anwendungen? Gibt es andere Förderbedingungen? Was können wir im Zusammenspiel mit all den anderen machen?

Sie haben auch gefragt: Was ist denn eigentlich mit den landeseigenen Unternehmen? Verlässt sich da der eine auf den anderen? Macht nur einer was? – Nein! Es muss natürlich so sein, dass das der Klimaschutz eine gesamtstaatliche, auch gesamtwirtschaftliche Aufgabe ist. Alle müssen daran mitwirken und sich beteiligen. Das heißt, dass wir sehr wohl auch die Landesunternehmen in die Pflicht nehmen müssen, ihre Häuser zu sanieren, den Wärmeverbrauch zu senken und so weiter. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir im Moment eine Situation haben, dass die Wirtschaftsunternehmen der Stadt, wenn sie sich überlegen, dass das Unternehmen erweitert werden soll oder ein neuer Firmenstandort gesucht wird, uns fragen: Gibt es dort Fernwärme, ja oder nein? – Wenn wir die Frage mit Ja beantworten können, es gibt Fernwärme oder es soll Fernwärme dorthin kommen, ist dieses Grundstück plötzlich attraktiver für eine Unternehmensansiedelung. Warum? Weil sie genau wissen, wenn sie eine dekarbonisierte Fernwärme dort haben, haben sie ein gutes Stück ihrer eigenen Herausforderungen, was die Transformation angeht, schon mit erledigt.

Das heißt aber nicht, dass sich die Unternehmen dann komplett aus dieser Thematik verabschieden, sondern sie haben eigene Baustellen. Wir beraten mit der Koordinierungsstelle Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb, mit unserer KEK, die wir zusammen mit Berlin Partner umsetzen, die wir finanzieren. Wir beraten die Unternehmen, etwas zu tun. Alle haben also eine Aufgabe, keiner kann sich zurücklehnen und sagen: Na ja, dann macht das die BEW. – Das sind 40 Prozent. Die Wärmeerzeugung sind 40 Prozent. Die anderen 60 Prozent müssen auch erbracht werden. Das sind Verkehr und Gebäude, das ist alles, was wir brauchen und wo alle eine Aufgabe und eine Verantwortung haben. Wir können keinen rauslassen, auch nicht die landeseigenen Wohnungsunternehmen.

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind – das war noch mal die Frage von Herrn Bertram, glaube ich – auch über den Klimapakt koordiniert. Die haben alle unterschrieben, die haben alle ihre Ziele entsprechend deutlich gemacht. Das ist ein Thema, das wir natürlich mit SenStadt bewegen, dass das auch durchgesetzt wird. Es muss in der Aufsichtsrats Tätigkeit eines jeden landeseigenen Wohnungsunternehmens nachgehalten werden, dass sie sich daran halten, was sie im Klimapakt unterschrieben haben. Im Übrigen: Wenn Sie sich die Vorstandsziele angucken, ist bei fast allen mittlerweile eine Situation, in der das Kollektivziel des Vorstands – meistens ist es das dritte – als Nachhaltigkeitsziel festgelegt wird. Sie haben ein

wirtschaftliches Ziel, sie haben ein Prozessziel, und dann haben sie ein Nachhaltigkeitsziel, und das wird mit den Dingen verbunden, zu denen sie sich im Klimapakt verpflichtet haben. Das kann ich zumindest für die Unternehmen sagen, für die ich Aufsichtsratsstätigkeiten habe. Die müssen sich alle in ihren eigenen Zielen vornehmen, was sie zum Thema Klimaneutralität und zu den Maßnahmen, die wir miteinander vereinbart haben, machen.

Insofern denke ich, dass wir wirklich, auch wenn wir uns im Vergleich zu anderen Bundesländern sehen, sagen können, dass wir eines der ambitioniertesten Landesunternehmen in diesem Bereich in ganz Deutschland haben. Wir haben auf jeden Fall ein Unternehmen, das sich in der Größenordnung mit keinem anderen in Deutschland messen muss, im Sinne davon: Wer ist größer? Wer hat noch mehr an Vorhaben? Da sind wir wirklich vorne, einfach durch unsere Größe, und die muss man auch berücksichtigen, wenn man sich fragt, ob wir nicht unser Netz verkleinern können. Wir sind eine wachsende Stadt, und wir können uns auf gar keinen Fall – zumindest werde ich das nie befürworten – einen Rückbau des Fernwärmenetzes leisten, ganz im Gegenteil. Vielleicht so viel! – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Jetzt habe ich vernommen, dass der Kollege Bertram noch mal nachfassen will. – Bitte, Sie haben das Wort!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Senatorin, für, wie ich fand, eine sehr engagierte Rede, die ich Ihnen aber auch komplett abnehme! Ich finde das gut, ich habe das auch im Prozess gemerkt, welcher politische Handlungsdruck Ihrerseits und seitens der Führung des Hauses entfaltet wurde. Ich finde, das merkt man. Umso mehr haben Sie natürlich durch Ihre Äußerungen jetzt herausgefordert, dass man schon noch mal auf Punkte eingehen muss, wo der politische Anspruch und die Realität durchaus Lücken zueinander aufweisen. Unter anderem war das der Punkt Geothermie. Da haben wir uns eben nicht die ganze Stadt zu eigen gemacht, sondern sind durchaus auch an rechtlichen Hürden und auch am finanziellen Rahmen gescheitert, weil der politische Anspruch dann eben nicht so voll umgesetzt wurde, wie man sich das wünscht oder wie Sie sich das vielleicht auch selber wünschen. Wir haben Probebohrungen reduziert und geben Flächenpotenziale an Dritte ab, die sich dann dementsprechend Verwertungsrechte gesichert haben.

Worum es mir aber geht, und das ist das Spannende, ist, dass eine große Einigkeit darin besteht zu sagen: Wir haben hier ein enormes Investitionsvolumen, in dem Fall von 3 Milliarden Euro, wenn wir die anderen Landesunternehmen hinzunehmen, kommen wir auf ein Vielfaches. Wir laufen hier aber in eine Situation, auch im Rahmen des Klimapaktes und in den nachgeordneten oder beigelegten Programmen, dass jede Senatsverwaltung für sich sagt: Ja, wir nehmen unsere ganz persönliche Aufsichtspflicht wahr. – Das stimmt, das können wir unter anderem im Beteiligungsausschuss nachvollziehen, und das ist auch alles in Ordnung. Trotzdem laufen wir in der Realität in die Situation, dass diese Programme nicht immer zueinanderpassen. Wir laufen auch in die Situation, dass der Klimapakt inzwischen seine volle Wirkung, die er im Papier zusammengefasst hat, schon längst nicht mehr entfalten wird.

Wir müssen doch auch als Landesregierung in Gänze ein Interesse haben, diese Prozesse noch besser aussteuern zu können. Das war die Frage, wie man mal abseits der reinen Unternehmensaufsicht im Aufsichtsrat sagt: Wie steuere ich denn so ein Milliardenpaket auch im Sinne des politischen Anspruchs, den Sie zu Recht formuliert haben, eigentlich gezielter aus und löse die Knotenpunkte, die da liegen? Ich freue mich, wenn Sie den Kollegen Gaebler anrufen

und sagen: Mensch, deine landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen schneller sanieren! –, aber damit ist das Grundproblem noch nicht gelöst, das ich versucht habe zu beschreiben. Vielleicht können Sie mir helfen und zum Abschluss sagen: Gibt es Ihrerseits mit dem politischen Engagement, das Sie in die Debatte mit einbringen, vielleicht noch mal einen positiven Handlungsdruck für den restlichen Senat, eine Gesamtsteuerung doch besser über SenFin auf den Weg zu bringen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Senatorin, bitte!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Ich sage mal so: Wir haben natürlich eine Situation, in der ich Ihnen vor allen Dingen sagen kann, was wir in der Senatswirtschaftsverwaltung machen, völlig klar. Ich kann mich auch nicht in die Aufsichtsratsstätigkeit der landeseigenen Wohnungsunternehmen einmischen, weil es Ressortzuständigkeiten gibt, das wissen Sie auch ganz genau. Inwiefern SenFin dort steuern kann, ist im Klimapakt ganz gut gelungen. Es gab eine Gesamtkoordination, das ist dann zusammengeführt worden. Ich denke, das ist ein guter Schritt gewesen, und das kann man auch fortführen. Aber das, worauf Herr Zillich an dieser Stelle auch immer hinauswill, ist irgendeine geartete, sonst wo verortete Steuerungseinheit, die die Idee beinhaltet, jetzt nun noch mal von ganz oben etwas zu steuern.

Ich glaube, das ist wie das Beauftragtenwesen. Sie können immer irgendwen hinsetzen und sagen: Du bist jetzt für diese eine Aufgabe zuständig. – Das wird nicht die anderen exkulpieren, ihren Job zu machen. Wir haben ein Ressortprinzip, wir haben eine Zusammenarbeit, wir haben auch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, aber es ist aus meiner Sicht wichtig, dass diese Themen wirklich in den Häusern fachlich gut begleitet und gesteuert werden.

Natürlich gibt es Schnittstellen an der einen oder anderen Ecke, na klar, aber die müssen im Rahmen der normalen Zusammenarbeit zwischen den Ressorts laufen und dürfen – aus meiner Sicht wirklich nicht – nicht an irgendeiner anderen Stelle sonst wo sein, wo dann wieder keiner die Anbindung an das Ressort hat. Das muss im Rahmen der ganz normalen Ressortzusammenarbeit passieren. Das ist auch das, worauf wir uns fokussieren. So machen wir es beim Stadtentwicklungsplan Wirtschaft, und beim Stadtentwicklungsplan Wohnen gab es auch eine Zusammenarbeit, völlig klar.

Ich bin aber nicht dafür, dass man jetzt irgendeine Sonderstelle einrichtet, die anfängt, das zu koordinieren. Das ist so ein großes Querschnittsthema, dass alle ihren Beitrag leisten müssen, dass es ressortübergreifende Zusammenarbeit geben muss. Unsere Leitschnur ist der Klimapakt, der jetzt erst mal bis 2030 gilt. Bevor ich mir ein neues Instrument ausdenke, bin ich dann immer dafür, dass man erst mal umsetzt, was man gemeinsam besprochen hat. Dafür haben wir einen klaren Fahrplan. Die haben alle ihren Auftrag. Jeder hat seine Maßnahmen klar definiert, es sind über 100 Seiten, die müssen erst mal erfüllt werden, und dafür haben wir jetzt dreieinhalb Jahre Zeit. Das sollten auch alle machen, und ich glaube auch, dass jede neue Landesregierung einfach mal den Job hat, einen Pakt, der unterzeichnet wurde – – Wenn alle Maßnahmen, die da drinstehen, umgesetzt werden, sind wir schon richtig gut. Sich darum mal zu kümmern, und das tun wir in den Ressorts auch, ist, glaube ich, sehr entscheidend.

Zum Thema Geothermie: Klar, es gibt immer Verwertungsrechte auch anderer, die dann Rechtsansprüche haben. Das meinte ich mit Regulatorik und der Frage: Was kriegen wir ei-

gentlich vom Bund auferlegt? Welche Möglichkeiten haben wir rechtlich überhaupt? – Ich spreche davon, dass wir im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten schauen müssen, dass wir, wenn Geothermiefündigkeit da ist und wir das nutzen können, es dann auch schwerpunktmäßig für die Fernwärmeversorgung nutzen. Natürlich gibt es auch Interessen anderer. Die müssen wir bis zu einem gewissen Grad berücksichtigen, aber in dem Handlungsspielraum, den wir haben, sollten wir in der Priorisierung klar sein. Das ist meine Position. Es wird nicht massenhaft Geothermie geben. Wenn wir den Zugriff zu bestimmten Anteilen davon haben, sollten die in erster Linie prioritär für die Fernwärme verwendet werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut! Dann gehe ich mal davon aus, dass wir jetzt auch in Anbetracht von dem sich nähernden Ende der Wahlperiode die Punkte 3 a und 3 b der Tagesordnung abschließen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. – Dann darf ich mich bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie heute da waren. Wir sehen uns an anderer Stelle wieder. Ich bedanke mich sehr.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Potenziale der Geothermie für die Wärmewende in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0272](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.03.2026

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Chancen der Wasserstofftechnologie erforschen und entwickeln
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0271](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.02.2026

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.